Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 266. Dienstag, den 12. November 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Krieg und die Internationale.

Genosse Kautsky behandelt im neuesten Heft der „Neuen Zeit“ die Aufgabe der Internationale angesichts der Kriegsgefahr. Er spricht zunächst Anerkennung aus den Sozialisten in den Balkanstaaten für ihre Haltung zum Kriege und sagt voraus, daß die furchtbaren Folgen des Krieges einen großen Aufschwung des Sozialismus in den Balkanländern mit sich bringen werden. Dann führt er aus:

„. . . . Die eigentlichen Gefahren für den Weltfrieden beginnen erst, wenn die Friedensstifter sich zwischen die Kriegführenden stellen, dann will jeder seinen besonderen Appetit befriedigen, aus dem türkischen Debacle seine besondere Beute holen.

Sobald dies Treiben beginnt, den Frieden zu gefährden, sobald die Parole nicht mehr ausreicht: Der Balkan den Balkanvölkern, wird es die Pflicht der Internationale, das Schwergewicht ihres Einflusses zugunsten des Friedens in die Wagschale zu werfen, und das geschieht am eindrucksvollsten durch einen außerordentlichen internationalen Kongreß.

Welches seine Wirkungen sein werden, läßt sich freilich ebenso schwer voraussehen wie die ganze nächste Zukunft. Alles hängt davon ab, ob er im richtigen Moment zusammentritt. Nirgends spielt die Benutzung des richtigen Zeitpunktes eine größere Rolle als in Kriegen, wo sich oft die Entscheidung über Tod und Leben ganzer Staaten in die Spanne einiger Stunden zusammendrängt. Alle seine Kräfte im richtigen Raume zu konzentrieren und im richtigen Zeitpunkt in Aktion zu bringen, ist die wichtigste Aufgabe des Feldherrn. Das Weitere hängt weit mehr von den Massen ab, die er kommandiert, als von ihm selbst.

Wie vom Kriege, gilt das auch vom Wirken gegen den Krieg. Aber ein internationaler Kongreß wird nicht von einem autokratischen Feldherrn dirigiert und kommandiert. Es wird bei der jetzigen raschen Entwicklung der Dinge großenteils Sache des Zufalls sein, ob der Zusammentritt des außerordentlichen Kongresses in den günstigsten Zeitpunkt fällt, ob er nicht zu spät kommt oder, was auch möglich, zu früh.

Aber läßt sich auch nicht der Grad der Wirkungen des Kongresses genau ermessen, es ist auf jeden Fall zu erwarten, daß er bedeutende Wirkungen üben wird. Sein Zusammentritt ist unerläßlich, er mußte beschlossen, er muß mit allem Eifer gefördert werden.

Nur wäre es vom Uebel, wenn man auf den Kongreß allein baute, bis zu seinem Zusammentritt die Hände in den Schoß legte. Es wird vielmehr die größte Bedeutung des internationalen Kongresses vielleicht darin liegen, daß die Agitation für seine Beschickung in den einzelnen Ländern einen neuen Ansporn zur Demonstrierung des proletarischen Friedenswillens bietet. Der Kongreß selbst verspricht um so wirksamer zu werden, je energischer sich schon in den einzelnen Staaten bis zu seinem Zusammentritt der Friedenswille der arbeitenden Massen bekundet hat.

Dabei müssen wir uns aber jetzt schon klar werden darüber, in welcher Weise wir dem Krieg entgegenwirken können und wollen.

Eines ist sicher: heute, im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht und der wachsenden Erstarkung eines revolutionären Proletariats, wagt es keine Regierung, in den Krieg zu ziehen, wenn es ihr nicht gelungen ist, vorher allgemeine Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung zu erzeugen.

Andrerseits aber ist es ebenso sicher, daß es aussichtslos, ja direkt verderblich wäre, in einer Bevölkerung, die von allgemeiner Kriegsbegeisterung fortgerissen wird, durch Massenaktionen oder gar durch die gewaltigste unter ihnen, durch einen Massenstreik die Regierung an der Kriegführung hindern zu wollen.

Unsere Aufgabe ist also eine wesentlich propagandistische. Massenaktionen können dabei als geplante Aktionen unserer Partei nur so weit in Betracht kommen, als sie propagandistischer Natur sind.

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß von den zum Kriege treibenden Elementen, welche immer es sein mögen, alles Erdenkliche aufgeboten wird, durch Verbreitung von Lügen aller Art die Massen zu erschrecken, zu verwirren, zu verhetzen. Die Beherrschung der Presse und des Telegraphen leistet solchem erbärmlichen Treiben nur zu leicht Vorschub. Dem vorzubeugen wird eine unserer wichtigsten Aufgaben, die sozialdemokratische Tagespresse unser mächtigstes Friedensinstrument.

Dabei wäre es aber das Verkehrteste, wollten wir den jetzigen Moment dazu benützen, einen auch sonst verkehrten Pseudomarxismus zu betreiben, und an das Proletariat allein zu wenden, nicht auch an die anderen arbeitenden Massen, Intellektuelle, Kleinbürger und Bauern. Sicher bildet das Proletariat die sicherste Schutzwehr des Friedens, aber Kleinbürger und Bauern sind nicht minder an ihm interessiert.

Noch schlimmer aber wäre es, wollten wir uns jetzt bemühen, den nicht proletarischen Volksschichten einzureden, der Imperialismus und der Kampf um die türkische Beute sei eine Lebensnotwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft, und wenn wir uns dem Krieg widersetzten und den Frieden forderten, geschehe es bloß deshalb, weil wir die bürgerliche Gesellschaft vernichten wollten.

Solchen Unsinn predigen heißt heute ein Verbrechen am Weltfrieden begehen. Unsere Taktik zu seiner Erhaltung hat nicht dahin zu gehen, das sozialistische Proletariat von den übrigen am Frieden interessierten Volksschichten abzutrennen und es zu isolieren, sondern vielmehr alle Volksschichten, die nicht am Kriege interessiert sind, durch die Wucht der proletarischen Opposition gegen diesen mit sich zu reißen, die Kriegshetzer zu isolieren und sie dadurch ohnmächtig zu machen gegenüber der Phanlanx der den Frieden heischenden Massen.

Ich habe einmal vor zwölf Jahren darauf hingewiesen, daß bei der Verteidigung des eigenen Landes gegen einen eingedrungenen äußeren Feind die Klassengegensätze angesichts des gemeinsamen Notstandes zurücktreten, wie dies in der Tat von proletarischer Seite in Frankreich 1870/71 in opferwilligster und entschiedenster Weise betätigt wurde unter Billigung der Internationale.

In der zweiten Adresse der Internationale über den Deutsch-Französischen Krieg (vom 9. September 1870) wies der Generalrat auf die verdächtige Zusammensetzung der provisorischen Regierung Frankreichs hin, in der die wichtigsten Posten von Orleanisten besetzt waren, nicht von Republikanern. Er fuhr fort:

„Die Arbeiterklasse Frankreichs hat also unter den größten Schwierigkeiten zu wirken. Jeder Versuch, die neue Regierung in der gegenwärtigen Krisis umzustürzen, wo der Feind an die Tore von Paris pocht, wäre eine verzweifelte Narrheit. Die französischen Arbeiter müssen ihre Pflichten als Bürger erfüllen, aber sie müssen gleichzeitig Sorge tragen, daß sie nicht durch die Erinnerungen von 1792 irregeführt werden“ usw.

Was damals galt, in der Notlage des Krieges gegen die Invasion, gilt nicht minder, ja noch mehr für die Notlage des Krieges gegen den Krieg. Die Proletarier bekämpfen ihn nicht bloß um ihrer Klasseninteressen willen. Es ist nicht nur ein proletarisches Interesse, es ist das Gesamtinteresse der Gesellschaft, das wir mit unserer Friedensagitation verfechten. Wie so oft, fällt auch hier das besondere Interesse des Proletariats mit dem Gesamtinteresse der Menschheit zusammen. Und je mehr wir das betonen, je entschiedener wir den Frieden fordern als Vertreter der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer ruchlosen Minderheit, desto gewaltiger wird die Wirkung unseres Appells sein, desto mehr werden alle arbeitenden Massen, Kleinbürger und Bauern ebenso wie die industriellen Proletarier gefeit sein gegen das Fieber des Chauvinismus, desto gesicherter ist der Friede.“

Vom Kriegsschauplatz.

Wesentliche Meldungen vom Kriegsschauplatze liegen heute nicht vor. Die Türken, die ständig Zuzug aus Asien erhalten, leisten bei der Tschataldscha-Linie zu Wasser und zu Lande eine verzweifelte Gegenwehr. Ihnen steht ein starker Gegner gegenüber, der alles daran setzt, um in die türkische Hauptstadt zu gelangen. Viele Opfer an Menschenleben wird dieser Kampf noch kosten. Selbst wenn, was wir nicht glauben, die Türken hier erfolgreich abschneiden, ändert das an der Niederlage nichts. Deshalb wäre es nur zu wünschen, wenn noch in letzter Stunde ein Waffenstillstand vereinbart würde, um dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten.

Der bulgarische Sobranje-Präsident Danew hat sich nach einer Unterredung mit dem bulgarischen und serbischen König nach Budapest begeben und konferiert dort mit dem Grafen Berchtold. Seine Mission soll zeigen, daß Bulgarien aufrichtig bestrebt sei, alle bestehenden Streitfragen im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn mit Berücksichtigung der Interessen der Österreichisch-ungarischen Monarchie auszutragen. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges mit der Türkei werde der Besitzstand der kriegführenden Mächte einer entsprechenden Korrektur unterzogen werden müssen, deshalb sei es belanglos, was augenblicklich jeder kriegführende Teil in seiner Macht halte. Was den bulgarischen Einmarsch in Konstantinopel betreffe, würde dieser nur vermieden werden können, wenn ein Waffenstillstand zustande komme und dieser zum Frieden führe. Selbstverständlich müßten die Türken sich verpflichten, während des Waffenstillstandes die Tschataldscha-Linie nicht zu befestigen und aus Asien keine Verstärkungen heranzuziehen. Bulgarien wünsche ein autonomes Albanien und fordere nur, daß in das autonome Albanien nicht solche Gebietsteile einverleibt werden, die überwiegend Bulgaren bewohnen.

Die direkten Verhandlungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn dauern noch an.

Um Adrianopel und Skutari wird noch gekämpft; zum Unglück für die Türken kam es vor Skutari zu Meutereien unter den türkischen Truppen. Der „Corriere della Sera“ meldet von Antivari: Eine Anzahl von türkischen Soldaten meuterte auf dem Tarabosch und flüchtete in der Nacht vom 9. zum 10. d. Mts. Vom türkischen Gesandten durch Signale benachrichtigt, eröffnete ein Fort das Feuer auf sie. Viele wurden getötet, andere fielen durch das Feuer der Montenegriner, eine Anzahl wurde gefangen genommen. Sie erzählten, daß sich der Tarabosch nicht mehr lange halten könne, und daß seine Übergabe und damit der Fall Skutaris unmittelbar bevorstehe.

Im Kampf gegen die Griechen wollen die Türken einige Erfolge erzielt haben, während die Griechen hoffen, demnächst in Janina einziehen zu können.

Zum Schluß verzeichnen wir noch zwei Meldungen aus Konstantinopel, die keines Kommentars bedürfen:

Der Minister des Auswärtigen hat dem Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus folgende Erklärungen abgegeben: Über die Mediation haben wir noch keine Nachricht. Die Mächte haben jetzt bei den vier Balkanstaaten wegen der Friedensbedingungen angefragt, aber noch keine Antwort erhalten. Nur erwarten wir den Kampf bei Tschataldscha. Aus Saloniki haben wir keine Nachrichten(?), doch wird auf einigen europäischen Missionen erklärt, dort lägen Meldungen vor, nach denen Saloniki in den Händen der Griechen sei. In Konstantinopel ist alles geschehen, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. Beide Telegraphenkabel via Odessa und via Konstanza sind, wo sie bei Kilia das Meer erreichen, durch Truppen geschützt. Die große Zahl der fremden Kriegsschiffe erscheint fast überflüssig. Die Gerüchte über Änderungen im Kabinett sind von Grund aus zu dementieren. Das Kabinett bleibt. Aber es ist möglich, daß eine Änderung im Oberkommando der Armee eintritt. Vermutlich übernimmt Jazet Pascha, bisher Kommandant im Jemen, der dieser Tage hier erwartet wird, den Oberbefehl.

Aus Konstantinopel meldet der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“: Eine beispiellose Szene spielte sich bei der letzten Botschafter-Zusammenkunft auf der Hohen Pforte ab, an der der Großwesir und der Minister des Äußern teilnahmen. Der Minister erklärte in seinem Exposé, eine der entsetzlichsten, von der Weltgeschichte jemals erlebten Katastrophen müsse hereinbrechen, wenn die bulgarische Armee in Konstantinopel eindringe. Der Sultan habe beschlossen, seinen Sitz unter keinen Umständen aufzugeben (??) und ebenso würde die Regierung ausharren. Alles sei entschlossen, auf seinem Posten zu bleiben. Nach der Erstattung dieses Exposés entfernte sich der Großwesir, trat jedoch vorher an einen Botschafter heran, klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Ich habe die 80 überschritten und Exzellenz sind noch jung, aber sterben werden wir hier gemeinsam.“ Die Verblüffung unter den Botschaftern war erst sehr groß. Man glaubt, daß es Kiamil um einen Bluff zu tun gewesen ist. Die Botschafter verständigten aber ihre Regierungen von der Sache und die Folge ist, daß die Entsendung eines dritten Kriegsschiffes durch jede Macht angekündigt wurde.

Eine neue ernste Gefahr bedroht Konstantinopel. Unter den dort eingetroffenen Flüchtlingen aus den vom Krieg betroffenen Gegenden ist die Cholera ausgebrochen. Der Stadtpräfekt gab zu, daß unter den Flüchtlingen aus der Umgebung Lüle-Burgas mehrere Cholerafälle konstatiert wurden, auch drei Flüchtlinge aus Silwri seien erkrankt; der Präfekt bestreitet dagegen, daß die Krankheit auf die Armee übergegriffen habe. Von anderer Seite wird jedoch versichert, daß dieser Tage siebzehn cholerakranke Soldaten nach Konstantinopel gebracht wurden. Am Stambuler Hauptbahnhof wurde in aller Eile eine Cholerabaracke mit vierhundert Betten eingerichtet. In den Straßen am Bahnhof kampieren seit Tagen Tausende von Flüchtlingen mit ihren Ochsenkarren. Die Regierung ist außerstande die Flüchtlinge, deren Zahl stetig wächst, gleich unterzubringen oder abzuschieben. Freitag abend traf in Konstantinopel ein Zug aus Ascherkeßköj voll von geflohenen Offizieren

und Soldaten ein. Die Offiziere hatten den Lokomotivführer mit dem Revolver in der Hand gezwungen, ohne Aufenthalt durch Konstantinopel durchzufahren. In Stambul angekommen, verließen die Flüchtlinge eiligst den Bahnhof und zerstreuten sich in der Stadt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Präsidentenwahl im Reichstage.

In zwei Wochen nimmt der Reichstag seine Tätigkeit wieder auf und eine seiner ersten Arbeiten wird die Wahl des Präsidenten sein. Während das „Berl. Tageblatt" es als eine eigentlich selbstverständliche Pflicht des Reichstages bezeichnet, Herrn Kaempf durch Zuruf wieder zu wählen, erklärt die konservative Presse, daß daran nicht zu denken sei, weil dies einem Vertrauensvotum für Kaempf gleichkäme, das zu erteilen aber kein Anlaß bestehe. Die hochkonservative „Schlesische Ztg." meint, es liege im Interesse Kaempfs, auf eine Wiederwahl überhaupt zu verzichten, weil er die „ärgsten Brandreden der Sozialdemokraten ungerügt hingehen ließ". Und die „Deutsche Tageszeitung" stellt sich auf den Standpunkt:

„Eine solche Wahl (durch Zuruf) würde aber angesichts der bestehenden Verhältnisse eine unbegreifliche Zumutung an die rechtsstehenden Parteien bedeuten, zumal da Herr Kaempf bekanntlich nur mit einer winzigen Mehrheit seinerzeit zum Präsidenten gewählt wurde."

Kein Zweifel, bei der Wahl des Präsidenten kommt es im Reichstage zu einer Kraftprobe. Die Entscheidung liegt bei den Nationalliberalen, die restlos für Kaempf stimmen müssen, wenn er gewählt werden soll. Die Leute um Schiffer neigen aber so bedenklich nach rechts, daß eine Überraschung keineswegs ausgeschlossen ist.

Die amtliche Fleischteuerungs-Enquete.

Am 22. November tritt die von der Regierung zusammenberufene Enquete-Komission zusammen, die sich mit der Frage der Fleischteuerung beschäftigen will. Von unserer Partei ist Genosse Reichstagsabgeordneter Molkenbuhr als Beisitzer zugezogen worden. Den Arbeiten der Untersuchungskommission werden eine Reihe Fragen zugrunde gelegt, die sich auf Preisbildung beim Ankauf von Schlachtvieh, auf Zwischenhandel, Schlachtung und Fleischverkauf etc. beziehen. Die Verhandlungen sollen anscheinend mit einer Generaldebatte eingeleitet werden, die sich um die Frage dreht, wie zur Zeit die allgemeinen Verhältnisse im Vieh- und Fleischhandel liegen. Von den wichtigeren sonstigen Fragen, auf die man eine Antwort im kontradiktorischen Verfahren erlangen will, heben wir die folgenden hervor:

„Läßt sich eine genaue Kenntnis der Stallpreise erzielen und wodurch? Bestehen Mängel in der heutigen Art des Viehaufkaufs und empfiehlt sich eine Konzentration des Angebots der Viehproduzenten? Welchen Einfluß hat die Einstellung von Magervieh?"

Der Fragenabschnitt, der sich mit dem Zwischenhandel beschäftigt, sucht vor allen Dingen Klarheit darüber zu schaffen, ob der Zwischenhandel unentbehrlich ist im Interesse der Versorgung des Marktes mit Vieh. Insbesondere soll hier festgestellt werden, ob die Verhältnisse in dieser Beziehung für die verschiedenen großen Marktorte gleich sind. Auch wird gefragt, ob es sich empfiehlt, Vorschriften über den erforderlichen Reifegrad des Viehes beim Verkauf für Schlachtvieh aufzustellen. Die wichtigste Frage in dieser Gruppe ist die nach dem Einfluß des Zwischenhandels auf die Preisbildung.

Der Fragenabschnitt über Schlachtung und Fleischverkauf will Klarheit schaffen über die Organisation des Fleischergewerbes. Weiter wird gefragt, wie sich der Fleischhandel durch die Warenhäuser vollzieht, wodurch insbesondere ein billiger Fleischverkauf durch Warenhäuser ermöglicht wird und welchen Einfluß diese Art des Fleischabsatzes auf die Preisbildung hat.

Im Anschluß daran wird der Fleischabsatz durch Konsumanstalten erörtert. Wichtig sind ferner die Fragen nach der Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen und nach den Erfahrungen, die mit der Organisation des Fleischverkaufs durch die Gemeinden gemacht worden sind. In diese Kategorie gehört endlich noch die Frage, wie sich die behördliche Mitwirkung bei Festsetzung der Fleischpreise bewährt hat.

In weiteren Abschnitten soll das Nachrichtenwesen in Bezug auf Vieh- und Fleischpreise und die Führung der Statistik behandelt werden. Am Schlusse soll auch weiteren Fragen und Vorschlägen Raum gegeben werden. —

Hoffentlich wird die Untersuchungskommission nicht verfehlen, aus ihrer Mitte die Fragen beizufügen, die in den Vorschlägen der Regierung vergessen worden sind, die allerwichtigsten Fragen nämlich, welche Wirkung das Einfuhrscheinsystem, das der deutschen Landwirtschaft die billige Viehernährung unmöglich macht, und welche Wirkung das ganze Zoll- und Wirtschaftssystem auf die Preisbildung des Viehes hat. Gerade dieses Wirtschaftssystem ist in erster Linie verantwortlich für die chronische Lebensmittelteuerung zu machen. Und durchgreifende Hilfe ist unmöglich, wenn man sich nicht entschließt, die Hand an dieses Absperrungssystem zu legen.

Der schwarze Kurs in Bayern.

In Fürth i. B. konnten voriges Jahr auch so eine Art volkstümliche Hochschulkurse eröffnet werden. Da Fürth keine Hochschule hat, übernahmen Männer, die schon im praktischen Leben stehen, die Leitung der Kurse, Akademiker und seminaristisch Gebildete. Die Arbeiter nahmen freudig die Gelegenheit wahr, ihre Kenntnisse zu festigen und zu erweitern und auch die Lehrenden fanden Befriedigung in ihrer Tätigkeit. Da fuhr die Regierung von Mittelfranken dazwischen. Sie verlangte von den Leitern der Kurse, daß erst die Genehmigung zur Unterrichtserteilung einzuholen ist. Dabei stützte sie sich auf eine Verordnung vom Jahre 1905, nach welcher der eine Genehmigung bedarf, der eine Erziehungs- oder Unterrichtsanstalt gründen oder leiten will, und die nur den Personen die Genehmigung in Aussicht stellt, deren vollkommene sittliche und bürgerliche Unbescholtenheit keinem gerechtfertigten Bedenken unterliegt. Zwar war die sittliche und bürgerliche Unbescholtenheit der Kursleiter erhaben über jedes Bedenken, aber die Kursleiter konnten nicht gelten lassen, daß die Verordnung auf die Arbeiter-Unterrichtskurse angewandt werden kann. Sie richteten daher in einer ausführlich begründeten Eingabe an die Regierung die Bitte, sie möge die ergangene Aufforderung nicht weiter verfolgen. Das war im Juni. Die Leiter hofften, bis September, wo wieder ein neuer Kurs beginnen sollte, würden alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sein. Jetzt ist es November und die Kursleiter haben noch nicht einmal eine Antwort von der bayerischen Regierung erhalten. Der schwarze Kurs in Bayern hat ihrem Vertrauen einen herben Stoß versetzt.

Die Fleischpreise in der zweiten Hälfte des Oktober.

Nach den Preisberichten des preußischen Statistischen Amtes sind die Fleischpreise im Gesamtdurchschnitt für Preußen in der zweiten Hälfte des Oktober gegen die erste Hälfte zurückgegangen, und zwar vornehmlich in den Städten, die ausländisches Fleisch vermittelten und verkauften. Aber nicht alle diese Städte haben einen Preisrückgang zu verzeichnen; ein Beweis dafür, daß die Regierungsmaßnahmen nicht genügen.

Die Statistik gibt folgende Zahlen über die Preise:

	Rindfleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Schweinefleisch
2. Hälfte Okt. 1912:	189,6	203,7	190,8	183,9
1. Hälfte Okt. 1912:	194,0	206,4	196,6	186,7
Monat Oktbr. 1912:	191,7	204,8	193,4	185,1
„ „ 1911:	169,4	187,2	175,8	149,4
„ „ 1910:	170,5	189,4	175,3	164,6
„ „ 1909:	155,9	175,5	168,7	167,8

Auch aus Süddeutschland kommt die Meldung, daß dort, wo die Kommunen eingriffen, vielfach Preisermäßigungen zu verzeichnen sind. In Karlsruhe sanken die Fleischpreise um 10 Pfg. pro Pfund.

Vom „Segen" der bündlerischen Politik.

Die Schädigung der kleinen Landwirte durch die Politik des Bundes der Landwirte ist schon oft nachgewiesen worden. Jetzt bringt dazu der Stuttgarter „Beobachter" einen Beitrag aus der Raenstalgemeinde Strümpfelbach. Diese, eine der größten Obst- und Weinbau treibenden Gemeinden, ist durch den Fehlschlag der Kirschen- und Weinernte in eine außerordentlich mißliche Lage gekommen. Sie, die in normalen Zeiten jährlich 50 000 Mk. für Kirschen und 150 000 Mk. für Wein lösen konnte, verkaufte in diesem Jahre für keine Mark Kirschen, und der Herbstverkauf brachte nur 15 000 Mk. Bei einer Besprechung der Maßnahmen gegen diesen Notstand, in der die sofortige Inangriffnahme der Grabarbeiten für die Landeswasserversorgung verlangt und der teilweise Ersatz des Weinbaues durch Tabak- und Gemüsebau vorgeschlagen wurde, wurde auch die stärkere Pflege der Viehzucht besprochen. Da wurde nun festgestellt, daß in dem Dorfe, in dem früher der Schweinebestand durchschnittlich 500 Stück betrug, jetzt nur mehr der zehnte Teil gehalten wird, weil die Verteuerung der Futtermittel, Mais und Gerstenfuttermehl, zu dieser Einschränkung gezwungen hat. Es wurde betont, daß die Beratungen des Gesamtkollegiums der Zentralstelle für die Landwirtschaft über die Beseitigung der Futtermittelzölle gezeigt hätten, daß dort zu wenig Verständnis für die Interessen der kleinen Landwirte bestehe und daß nicht nur Domänenpächter, sondern auch Weingärtner und Bauern mit kleinem Grundbesitz zugezogen werden müssen. Die Versammlung der Strümpfelbacher Weingärtner hat einstimmig beschlossen, bei dem Landwirtschaftlichen Bezirksverein zu beantragen, daß dieser bei der Regierung die Aufhebung der verteuernden Futtermittelzölle und eine Beförderung der Futtermittel zu einem billigeren Frachttarif betreibe. In der württembergischen Abgeordnetenkammer hat der Bund der Landwirte erst vor wenigen Wochen sich aufs entschiedenste dieser Forderung widersetzt.

Sparkassengelder und Warenhaussteuer.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Montag den Gesetzentwurf über die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen. Vorher wurde ein Antrag des Zentrums abgelehnt, der die Beratung solange ausgesetzt wissen wollte, bis die Kommission zur Beratung des Antrages Waldstädt betr. Maßnahmen gegen die Schädigung der Sparkassen durch Kursverluste ihre Arbeiten beendet hat. Die Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Leinert wiederholt in die Debatte eingriff, versuchte eine namentliche Abstimmung über das Gesetz im ganzen herbeizuführen, fand aber nicht die genügende Unterstützung.

Hierauf nahm das Haus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Antrag Hammer über die Besteuerung der Warenhäuser in folgender, von der Kommission vorgeschlagenen Fassung an: die Regierung zu ersuchen, eine Verbesserung des Warenhaussteuergesetzes insbesondere hinsichtlich der Grundlage der Steuerbemessung und in Verbindung damit ihrer Höhe, sowie des Verwendungszweckes in Erwägung zu ziehen und demnächst einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Für die Sozialdemokraten wandte sich Genosse Hirsch gegen jede Ausnahmebesteuerung, und auch der Vertreter der Regierung ließ durchblicken, daß die Regierung wohl kaum für den Antrag zu haben sein würde.

Bayerischer „Liberalismus".

Der aus Liberalen zusammengesetzte Magistrat und das Gemeindekollegium der Stadt Hof i. B. überwies trotz Einspruchs der sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Bildung des beantragten städtischen Arbeiterausschusses dem von „oben" protegierten liberalgelben „Verein der städtischen Arbeiter", obwohl dort auch eine Filiale des Gemeindearbeiter-Verbandes besteht. Bei dieser Gelegenheit behaupteten im Gemeindekollegium führende Liberale allen Ernstes, daß den Gemeindearbeitern so wenig wie den Staatsarbeitern das Koalitionsrecht zustände. — In Arbeiterfragen ist der nordbayerische Liberalismus selbst mit dem Vergrößerungsglas nicht vom bayerischen Zentrum zu unterscheiden.

Die Heeresergänzung im Jahre 1911.

Dem Reichstag sind soeben die Uebersicht der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts und eine Nachweisung über die Herkunft und Beschäftigung der Militärpflichtigen für das Jahre 1911 zugegangen. Die Behauptung der Agrarier, daß die Landwirtschaft den besten und zahlreichsten Heeresersatz stelle, wird durch die vorliegenden Zahlen wieder einmal als eine maßlose Uebertreibung gekennzeichnet. Die Statistik hat zwei Hauptgruppen geschaffen: 1. Auf dem Lande Geborene und a) in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigte; b) anderweit Beschäftigte. 2. In der Stadt Geborene und a) in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigte; b) anderweit Beschäftigte. Daß mit dieser Einteilung nicht viel anzufangen ist, soll noch dargelegt werden.

Ausgehoben wurden 223 925 Mann, davon 1415 zum einjährigen Dienst beim Train, 193 622 zu Truppen mit zweijähriger, 12 704 zu solchen mit dreijähriger Dienstzeit und 2712 zum Dienst ohne Waffe. 13 472 Mann wurden der Marine überwiesen. Die Gesamtzahl der Gestellungspflichtigen aller drei Jahrgänge betrug 1 272 384 Mann. Vom Heeresdienst ausgeschlossen wurden 826, als untauglich ausgemustert 35 500, dem Landsturm überwiesen 144 307, der Ersatzreserve 92 143, der Marine-Ersatzreserve 2589 Mann. Zur Einstellung gelangten ferner 14 457 Einjährig-Freiwillige, 1141 Schullehrer und 52 632 freiwillig bei den Truppenteilen eingetretene Mannschaften.

Wegen häuslicher Verhältnisse sind dem Landsturm überwiesen, vom aktiven Dienst also befreit worden 366 Mann, davon entfallen allein auf die landwirtschaftliche Bevölkerung 188. Von den zu nur einjährigem Dienst ausgehobenen 1415 Trainsoldaten stellte die Landwirtschaft allein 698 Mann. Zu den Truppen mit zweijähriger Dienstzeit, also Infanterie, Jäger, technische Truppen, Artillerie, stellte die landwirtschaftliche Bevölkerung 58 407, die nichtlandwirtschaftliche 135 215 Mann. Zu den berittenen Truppen stellte die landwirtschaftliche Bevölkerung 5224, die nicht-landwirtschaftliche 7480 Mann. Hier kann ein Ueberwiegen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugestanden werden.

Immerhin ist aber diese Statistik absolut ungeeignet, um sichere Schlüsse über den Anteil zu ermöglichen, den die Landwirtschaft tatsächlich an der Heeresergänzung hat. Nach der vorliegenden Gruppierung liegt die Sache so: Zu den Fußtruppen stellen die auf dem Lande Geborenen und in der Landwirtschaft Beschäftigten 51 714, die anderweit Beschäftigten 69 497, in Summa also stellt das Land 121 211 Mann. Die Städte dagegen stellen nur 72 411 Mann. Auf diese Weise kommen die Agrarier zu der Behauptung, daß das Land die meisten Rekruten liefert und daß sich daher die weitgehendste Unterstützung der Agrarier schon mit Rücksicht auf die Erhaltung der Wehrkraft rechtfertigt. Diese Behauptung ist aber total falsch und die Statistik ist direkt irreführend. Will man den Anteil der Landwirtschaft am Heeresersatz wirklich erfassen, dann muß man die Ausgehobenen nach ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Erwerbsgruppen klassifizieren. Wir haben in Deutschland eine Menge Kleinstädte, in denen neben einigen Handwerkern nur Bauern wohnen und selbst bei diesen Handwerkern kann man oft im Zweifel sein, ob ihr Handwerk oder die mitbetriebene Landwirtschaft ihr Hauptberuf ist. Wir haben dagegen Dörfer mit einer blühenden Industrie, mit 50 000 bis 60 000 und noch mehr Einwohnern; von Landwirtschaft ist dort vielfach fast nichts mehr vorhanden. Aber die militärische Statistik rechnet den Heeresersatz aus diesen Orten dem flachen Lande zu und schafft damit ein völlig verzerrtes Bild der tatsächlichen Verhältnisse. Es sei nur an die großen rheinisch-westfälischen Industriegebiete, an die großen Industriedörfer in Sachsen und Schlesien erinnert, ferner an die volkreichen Vororte von Berlin, die auch noch unter den Dörfern und Landgemeinden rangieren. Selbst aber nach der von der Militärbehörde getroffenen Einteilung schneiden die so sehr verlästerten Städte nicht einmal übermäßig schlecht ab. Von den endgültig Abgefertigten waren auf dem Lande tauglich 56,8 %, in den Städten 51,6 %. Dieses Resultat ist nicht schlecht, wenn man die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse in den Großstädten, die maßlose Ausbeutung gerade der jungen Arbeitskräfte, die überaus intensive Anstrengung in Betracht zieht, die heute von dem Dienst in der Industrie unzertrennlich ist. Vor einer wahrheitsgetreuen Statistik vermögen die agrarischen Rechenkünste nicht stand zu halten.

Belgien.

Ministerkrise. Die Regierung plant eine Umgestaltung des Rekrutierungsgesetzes und damit eine Erhöhung des Effektivstandes der Armee. Ueber die Ausgestaltung der Reformen sind jedoch im Ministerium Differenzen entstanden. Kriegsminister General Michel hat seine Demission gegeben, die der König angenommen haben soll. Der Ministerpräsident wird, wie es heißt, provisorisch das Kriegsministerium verwalten, doch dürfte eine Neuverteilung der Portefeuilles notwendig werden. Bei der Wiedereröffnung der Parlamentsverhandlungen wird eine programmatische Erklärung des Ministeriums erwartet.

England.

Zu einer Krisis hat gestern im Unterhause die Beratung der Homerule Bill geführt. Die Regierung hat eine schwere Niederlage erlitten, indem ein Abänderungsantrag der Opposition in Bezug auf den finanziellen Teil des Gesetzes mit 228 gegen 206 Stimmen angenommen wurde. Das Amendement, das der Regierung die Niederlage eintrug, war von dem Unionisten Sir Frederick Banbury beantragt. Er setzte fest, daß die unter den Verordnungen der Homerule-Bill von dem englischen Schatzamt an das irische Schatzamt jährlich zu zahlende Summe 2 500 000 Pfd. nicht übersteigen sollte. Die Regierung maß dem Amendement wenig Gewicht bei. Generalpostmeister Samuel sprach gegen den Antrag und bezeichnete ihn

als unzweckmäßig. Die Liberalen hatten nicht vermutet, daß die Opposition einen plötzlichen Angriff geplant hatte. Das Haus ist bei der Eröffnung der Montagssitzung gewöhnlich nicht stark besetzt, doch war die Opposition in ihrer ganzen Stärke zur Stelle. Nach kurzer Debatte schritt man zur Abstimmung. Gleichzeitig, noch ehe die Stimmenzahl bekannt gegeben war, wußte man, daß die Regierung eine Niederlage erlitten hatte. Laute Jubelrufe ertönten aus dem Abstimmungssaal, in dem die Unionisten ihre Stimmen abgaben. Als Banbury wieder den Saal betrat und aus den Händen des Clerks die Liste mit der Stimmenzahl empfing, was bedeutete, daß sein Amendement durchgegangen sei, brachen die Mitglieder der Opposition in eine Demonstration des wildesten Enthusiasmus aus, sprangen auf, ergingen sich in tosendem Beifall und warfen ihre Hüte in die Luft. Es verging einige Zeit, bis das ziffernmäßige Resultat der Abstimmung bekanntgegeben wurde. Dieses ließ den Enthusiasmus der Opposition noch einmal ausbrechen. Bonar Law, der Führer der Opposition, erhob sich und gab dem Siegesgeschrei der Opposition die Direktive. Premierminister Asquith, der nicht zugegen war, wurde sofort herbeigerufen. Nach einer Konferenz mit dem Haupteinpeitscher beantragte er die Vertagung der Debatte. Dies Anzeichen des Dilemmas, in dem sich die Regierung befand, verursachte einen neuen Ausbruch tosenden Jubelrufens bei den Mitgliedern der Opposition. Diese schrien Asquith, als er das Haus verließ, zu: „Leben Sie wohl! Das Land wartet auf Sie. Sie werden niemals zurückkehren.“ Der Antrag auf Vertagung wurde angenommen und das Haus ging in großer Erregung auseinander.

Sofort nach der Vertagung des Unterhauses wurde eine Kabinettssitzung einberufen, um die neu geschaffene Situation zu erwägen. Von autoritativer Seite wird bekanntgegeben, daß die Regierung beschlossen hat, nicht zurückzutreten. Das war vorauszusehen, da ja auch ein neues Ministerium sich auf keine Mehrheit stützen kann.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 12. November.

Die Bürgerschaft hielt gestern unter zahlreicher Beteiligung ihrer Mitglieder und des Publikums eine Dauersitzung ab. Auf der Zuhörertribüne war besonders das weibliche Element stark vertreten. Das hatte seinen Grund in der Vorlage des Senates auf Bewilligung einer staatlichen Subvention für die Freesesche höhere Mädchenschule, die mit zur Beratung stand. Dieser Antrag ist in mancher Hinsicht von prinzipieller Bedeutung. Vom Staate sollen hier die Lasten übernommen werden für eine höhere Schule, die der Förderung des Kastengeistes mit zu dienen bestimmt ist. Gerade jene Honoratiorenkreise, die nicht wollen, daß ihre Töchter mit den Kindern mittlerer Beamten oder Ladeninhaber usw. in Berührung kommen sollen, benutzen die Freesesche Schule, die man nebenbei auch judenrein hielt. Wer die Entwickelung unseres Schulwesens zur Einheitsschule wünscht, der hat kein Interesse an der Erhaltung einer Privatschule für höhere Mädchen, wie sie von Frl. Freese betrieben wird. Dazu kommt, daß die finanzielle Belastung des Staates durch die Schule wachsen wird, trotz aller herausgerechneten Ersparungen. Das dicke Ende wird eben auch hier nicht ausbleiben. Das ließen besonders die Darlegungen des Hauptlehrers Schulmerich erkennen, der in längeren Ausführungen die Vorlage bekämpfte. Unsern ablehnenden Standpunkt vertrat in wirkungsvoller Weise Genosse Stelling. Von ihm wurde auch das eigenartige Verfahren von Frl. Freese beleuchtet, die ihr bisheriges Schulhaus verkaufte, weil sie es zu günstigen Bedingungen abstoßen konnte, und dann vom Staate kurzerhand die Errichtung eines Schulgebäudes aus öffentlichen Mitteln verlangte. Herrn Dr. Hilbert, der ein Loblied auf die billigeren Oberlehrerinnen der Freeseschen Schule sang, die sich als Künstler fühlten und deshalb mit einer niedrigeren Bezahlung zufrieden seien, stellte Genosse Stelling sehr schlagfertig die Tatsache entgegen, daß man bei den staatlichen Oberlehrern, zu denen Hilbert selbst gehört, derartigen Idealismus anläßlich der Beratung des Beamtenbesoldungsetats nicht bemerken konnte! Es ist aber doch gut, wenn man sich über die Bescheidenheit anderer freuen kann.

Das Schicksal der Senatsvorlage hing an einem seidenen Faden. Die Meinungen der Bürgerschaftsmitglieder waren sehr geteilt. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich mit 50 gegen 47 Stimmen dem Antrag auf Errichtung eines Schulgebäudes und Subvention der Schule zugestimmt. Dagegen fand der Vorschlag des Senates, den Falkenplatz für das Schulgebäude zu wählen, keine Mehrheit.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine Anzahl von Senatsvorlagen ohne wesentliche Debatte erledigt. Unter dem Titel: „Nachbewilligung auf budgetmäßige Ausgaben im Rechnungsjahr 1911“ befand sich auch eine Überschreitung der Ehrenausgaben des Senates um 296,37 Mk. In der Bürgerausschußkommission, welche die Sache zu prüfen hatte, verlangte man Auskunft über die Verwendung dieser Summe, doch wurde solche Auskunft nicht gegeben. Dafür wies der Senat auf eine Bestimmung der Verfassung hin, nach welcher nur die Bürgerschaft vom Senat Darlegungen über die Verwendung der Ehrenausgaben verlangen kann. v. Schack, der Vorsitzende der Bürgerausschußkommission kritisierte das Verhalten des Senates und betonte mit Nachdruck, daß die Überschreitungen mehr als 10 % der etatsmäßig bewilligten Summe betrage. Genosse Löwigt rügte ebenfalls die sich alljährlich wiederholenden Nachbewilligungen für Ehrenausgaben und beantragte, daß der Bürgerschaft gemäß § 51,4 der Verfassung eine Darlegung über die verwandten Gelder vom Senat gegeben werden solle. Nun erlebte man das seltsame Schauspiel, daß derselbe Schack, der wenige Minuten vorher mit dem Senat zu Gericht ging, weil er keine Darlegungen gegeben, um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages ersuchte, der solche Auskunft forderte. Weiter wurden aus den eben noch 60 % Überschreitungen plötzlich „lumpige 6000 Mk.“ Ein derartiger Schaukelpolitiker darf sich wohl kaum wundern, wenn man seine Rodomontaden in Zukunft nicht immer ganz ernst nimmt. Vom Senatstische wurde eine längere verfassungsrechtliche Abhandlung über die Angelegenheit gegeben, die darin ausklang, man möchte „im Vertrauen auf den Senat“ diesen auch in Zukunft ohne Darlegungen an die Bürgerschaft nach Belieben seine Ehrenausgaben machen lassen; der Senat werde nur das tun, was im Interesse Lübecks erforderlich sei. Der Antrag Löwigt wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Auch die Liberalen stimmten dagegen.

Vom Genossen Dr. Schlomer wurde die Frage gestellt, ob die städtische Schweinemastanstalt wieder aufgehoben worden sei, ohne daß dazu die Zustimmung der Bürgerschaft eingeholt worden sei. Vom Senatstische wurde hierauf nichts erwidert. Keine Antwort ist aber auch eine Antwort! Und die Bürgerschaft, die kurz vorher noch verlangt hatte, daß ihre verfassungsmäßigen Rechte von den Behörden und vom Senat respektiert werden sollten, hatten gegen die Schweigsamkeit des Senates nichts einzuwenden, obwohl doch auch sie wahrscheinlich bemerkt haben dürften, daß das Vorgehen der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten, der die Schweinemastanstalt unterstand, mit den Rechten der Bürgerschaft arg kollidiert. Braucht man sich unter diesen Umständen zu wundern, wenn der Senat diese Bürgerschaft entsprechend behandelt?!

Der Zeiger der Uhr hatte bereits die Ziffer 11 um ein Viertelstündchen hinter sich gelassen, als die Versammlung der Bürgerschaft geschlossen wurde.

Die Nationalliberalen in Schleswig-Holstein und Lübeck und die preußischen Landtagswahlen. Die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins haben am Sonntag ihren Parteitag in Segeberg abgehalten. Der Parteitag hat seine Stellungnahme zu den preußischen Landtagswahlen festgelegt. Die Debatte bewegte sich auf der Grundlage, scharf Front nach links zu machen. Sogar die Fortschrittler fanden keine Gnade bei den Nationalliberalen, weil sie faktisch mit der Sozialdemokratie zusammengehen und ihre Unterstützung eine Unterstützung der Sozialdemokratie bedeuten würde. Als das allein Richtige wurde das Zusammengehen mit den Freikonservativen bezeichnet, schon im Interesse der Nordmark- und Ostmarkenpolitik, denn das Deutschtum müsse vor allem geschützt werden. Der Parteitag sprach auch den nationalen und vaterländischen Arbeitervereinen seine Sympathie aus und es wurde sogar die Hoffnung ausgesprochen, im Kieler Wahlkreise noch einmal einen nationalen Arbeiterkandidaten durchbringen zu können (!!). Ein Antrag des Provinzialausschusses, bei den bevorstehenden Landtagswahlen den einzelnen Wahlkreisen in bezug auf Aufstellung von Kandidaten und das taktische Zusammengehen mit anderen Parteien Selbständigkeit zuzugestehen, wurde einstimmig angenommen, jedoch mit dem Zusatz, daß ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen sein soll. (Das würde wohl auch an den Sozialdemokraten gescheitert sein.) Ferner wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Von den nationalliberalen Organisationen dürfen nur solche Herren als Kandidaten nominiert werden, welche die Erklärung abgeben, daß sie auf dem Boden des Programms der nationalliberalen Partei stehen und daß sie insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen 1. Gegner der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen sind; 2. eintreten für die Einführung der geheimen und direkten Stimmabgabe bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause. 3. Gegner der Großblockpolitik im Reiche und in Preußen sind und 4. eintreten für eine stetige, ruhige, aber kraftvolle Nordmarkpolitik im Sinne der bisherigen Haltung der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses. Etwas anderes haben wir von den lübschen und schleswig-holsteinischen Nationalliberalen nicht erwartet. — Von dem Lübecker Amtsrichter Gebhard wurde noch beantragt, die Nationalliberalen möchten den heimatlosen nordschleswigschen Dänen die Erwerbung der Reichsangehörigkeit erschweren! Natürlich wurde der Antrag angenommen.

Unentgeltliche Seefisch-Kochstunden veranstaltet auch dieses Jahr der Neue Frauenverein. Die Kurse, die voriges Jahr so außerordentlichen Zudrang hatten, finden in der Haushaltungsschule, Ziegelstraße 6, statt. Der Beginn ist auf Mittwoch, dem 27. November, festgesetzt und zwar abends um 6 Uhr. Gekocht wird stets Mittwoch von 6—9 Uhr abends und haben die Teilnehmerinnen Gelegenheit an Ort und Stelle sich von der Güte der Speisen durch Kostproben zu überzeugen. Wie an anderen Orten des Reiches haben sich auch in Lübeck diese Kurse als recht segensreich erwiesen, da sie den Frauen Gelegenheit gegeben haben, durch gründliche Ausnützung des Fischfleisches viele Abwechselung in den Küchenzettel zu bringen. Anmeldungen werden bald erbeten und nimmt das Arbeitersekretariat solche entgegen.

h. **Mittelalterliche Kunstgeschichte.** Vortragswesen der Oberschulbehörde. 5. Abend. Herr Dr. Schäfer hatte sich gestern die Dome der Gothik zum Gegenstand seiner Schilderungen ausgewählt. Die gothische Stilkunst ist wie alle anderen abhängig von der Material- und Fundamentalfrage. In Frankreich, dem Ursprungslande der Gothik, stand dem Steinmetz der Kalkstein zur Verfügung. Aus diesem Material ließ sich eine unendliche Fülle von Formen schaffen. Die Folge hiervon war, daß die französische Gothik ungemein plastisch und lebendig ist. Ungünstiger verhielt es sich dagegen in der norddeutschen Tiefebene, dem Lande des Ziegels, wo der Baumeister sich anderes Material suchen mußte, weil es an Sandstein fehlte. Es gelang ihm denn auch, aus Ton und Lehm den Ziegelstein herzustellen. Die Schönheit der Ziegelbauten resultierte sich in der Art der Aufschichtung der Steine. Betrachtet man in Lübeck von der Untertrave aus das Burgkloster, so spürt man richtig, welches Leben und welche Abwechselung in solchen Ziegelbauten steckt. Die Ziegel waren entweder rot oder schwarz und dunkelgrün glasiert. Der Sinn des Ziegelbaues ist in einer geschmackvollen Abwechselung von Fugen, Flächen und farbigen Steinen, sowie in der Aufrichtung von einfachen und riesigen Kirchenwänden enthalten. Das erste Vorbild und Hauptwerk gothischer Kunst ist für die an die Ostsee grenzenden Gebiete Norddeutschlands die Marienkirche in Lübeck, ein Bau von massiger und riesiger Anlage, der sich durch eine straffe und einheitliche Gesamtwirkung auszeichnet. Die ganze Außenarchitektur ist so schlicht wie möglich. Von schlanker und hochwachsender Eleganz zeugen die Pfeiler und Gewölbe. Der innere Schmuck und die Ausstattung der Marienkirche bilden ein wertvolles Museum, das keine andere Stadt aus eigener Kunst aufweisen kann. Nun behandelte Redner die Gruppe der rheinischen Bauwerke, worauf die Darstellung der geschilderten Dinge im Bilde erfolgte. Nach Vorführung des ältesten Denkmals deutscher Gothik, dem Magdeburger Dome, erblickte man auf der weißen und straffen Leinwandfläche das glänzendste und unübertroffene Bauwerk gothischer Kunst, das Freiburger Münster. Hierauf zogen vor den Augen der Zuhörer zahlreiche anziehende und ebenfalls sehr berühmte Bauwerke vorüber, u. a. die Elisabeth-Kirche in Marburg, das Straßburger Münster, die Lorenz-Kirche in Nürnberg, der Dom zu Köln, die Marienkirchen in Lübeck, Danzig und Rostock. In seinem nächsten Vortrage wird Herr Dr. Schäfer über die Malerei der Gothik und die Bauten des 15. Jahrhunderts sprechen.

Kontrollversammlungen finden in Lübeck im Restaurant „Pockenhof“ (Burgfeld) statt: Am Donnerstag, dem 14. November 1912, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1909. Am Donnerstag, dem 14. November 1912, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1910 und 1911 sowie sämtliche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie, ferner diejenigen Mannschaften der Infanterie der Jahresklasse 1900, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1900 eingetreten sind.

Handelsregister. Am 11. November 1912 ist eingetragen die Zweigniederlassung von Gebr. Leon, Kiel unter der Firma: Gebr. Leon, Zweigbureau Lübeck, Sitz in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: A. Chr. J. Leon und H. Siebel, Ingenieur, beide in Kiel. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1910 begonnen. Geschäftszweig: Maschinenfabrik und Tiefbohrunternehmen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 11. d. Mts. gegen 7 Uhr abends ist vor dem Hauptpostgebäude ein Fahrrad Marke „Schnell“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen mit Nickelstrich, Freilauf, Rücktrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange mit schwarzen Griffen, neuer Glocke, Oellaterne und vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1185 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Rahmen des Rades ist mit Blumen verziert.

pb. **Eigentumsvergehen.** Am Sonntag, dem 10. d. Mts. sind aus einer Knechtekammer in Vorrade eine silberne Remontoiruhr mit der Fabriknummer 77899 und einer Nickelkette mit 3 roten Steinen, eine braune, gestrickte Jacke und ein Paar Stiefel mit weichen Schäften gestohlen worden. Die Uhr befand sich in einer Kapsel.

Neues Stadt-Theater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Zur morgigen Aufführung von „Autoliebchen“ sei, um Irrtümern zu begegnen, bekannt gemacht, daß diese lustige Operette nur an Mittwochen und Sonntagen, nicht aber auch im Tagesabonnement gegeben wird. Außer einer Wiederholung von „Samson und Dalila“ am Donnerstag, bringt die Oper in dieser Woche noch am Sonnabend, dem 16. dss., Verdis „Rigoletto“, eines seiner bekanntesten und beliebtesten Werke.

Trems-Vorwerk. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Montag abend erfreute sich eines recht guten Besuches. Zunächst referierte Genosse Bromme-Lübeck über „Balkankrieg und Weltpolitik“. Sein Vortrag löste starken Beifall aus. Hierauf fand noch eine sehr rege Aussprache über Gemeindeangelegenheiten statt.

Eutin. Achtung, Gemeinderatswähler! Am Mittwoch, dem 13. November, abends 8 Uhr, findet bei Knickrehm eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stelling-Lübeck über die bevorstehende Gemeinderatswahl sprechen sowie Erläuterungen zu unserem Kommunalprogramm geben wird. Pflicht eines jeden Einwohners, Mann wie Frau, von Eutin und Umgegend ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Aus der Partei. In der letzten gutbesuchten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurden gewählt: Gen. Lagerhalter M. Borchert, Ahornstr. 2, als 1. Vorsitzender, H. Heitmann, Kielerstraße, als 2. Vorsitzender, M. Meier, Kielerstraße 79, als Kassierer. Diesbezügliche Zuschriften bitte an obige Adressen zu senden.

Hamburg. Ein Ehedrama spielte sich Montag vormittag gegen 9½ Uhr in der Lübeckerstraße ab. Dort wohnte im Hause 8 des Grundstücks Lübeckerstraße 105 der 23 Jahre alte Zuschneider Adolf Sassei mit seiner um drei Jahre jüngeren Ehefrau Anna. Das junge Paar, das erst seit Februar dieses Jahres verheiratet ist, kam vor einigen Tagen von Hannover nach Hamburg. S. scheint auf seine junge Frau sehr eifersüchtig gewesen zu sein. Am Montag entspann sich zwischen den Eheleuten ein Streit. Plötzlich krachten kurz hintereinander mehrere Schüsse. Als Hausbewohner in die Wohnung der Eheleute drangen, fanden sie die Frau blutend am Boden liegen. Sassei selbst hatte sich durch zwei Schüsse getötet. Die schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzte Frau S., die einen Schuß unter dem linken Auge, eine zweite Kugel ins Kinn erhalten hatte, wurde ins Krankenhaus St. Georg transportiert. — Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich in der Niedernstraße 4. Dort spielten im Hinterhause die beiden Kinder der Eheleute Sasiorowski, die fünfjährige Louise und die sechsjährige Martha. In einem unbewachten Augenblick kletterten die Kinder auf die Fensterbank der in der zweiten Etage gelegenen Wohnung. Hier verloren sie das Gleichgewicht und stürzten beide in die Tiefe. Die kleine Louise war sofort tot, während die um ein Jahr ältere Martha bewußtlos aufgehoben und schwer verletzt in die Wohnung der Eltern gebracht wurde.

Bergedorf. Folgenschwere Explosion. In der Dynamitfabrik Krümmel in Geesthacht entstand bei der Ausbesserung einer Rohrleitung für Nitroglyzerin eine Explosion, durch welche der Maurer Röse und der Arbeiter Schöttschach schwer verletzt wurden.

Bremen. Keine Diäten für die bremische Bürgerschaft. Die auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion von der bremischen Bürgerschaft eingesetzte Kommission zur Prüfung der Frage über Einführung von Diäten lehnte alle eingebrachten Anträge ab. Die Vertreter der privilegierten Klassen und die des Senats erklärten sich prinzipiell gegen jede Änderung des bisherigen Zustandes der Diätenlosigkeit.

Standesamtliche Nachrichten

vom 3. bis 9. November 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

30. Geprüfter Lokomotivheizer O. F. Possekel. Arbeiter E. G. Schlicht. Eisenbahn-Diätar J. P. Lorentzen. Schlachter F. J. K. H. Vagt. 31. Schutzmann J. Charles (Zwillinge).

1. November: Bureauvorsteher C. H. E. Heitmann. 2. Kaufmann L. F. Volquartz. 3. Kaufmann F. H. A. Chr. Danckert. Stanzer G. A. Eck. Arbeiter H. P. A. Thies. 4. Schlachter K. F. Hoffmann. Buchhändler P. A. Dawartz. Pelzwarenfabrikant C. L. E. Hirsekorn. Arbeiter C. F. O. Hinzmann. 5. Arbeiter H. W. K. J. Karsten. Straßen-

reiniger A. H. K. Vogelsang. Schmied F. C. H. Hinrichsen. 7. Maschinenbauer H. A. Timmerman. 8. Klempner F. W. G. Kurt. Schlosser K. Ph. Steinfatt.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

23. Oktober: Maurer O. A. C. Jäger. 28. Klempner M. Chr. W. J. Brügmann. 31. Kutscher H. P. J. H. Wolsin. Schlachter P. J. K. Paatsch. Buchhalter G. H. P. J. Helms.

1. November: Tischler H. L. A. Potenberg. Arbeiter A. Liers. Kutscher P. Chr. Speetzen. 2. Schuhmacher J. H. H. Chr. Hanshop. Maurermeister M. R. C. Bohnsack. 3. Schuhmacher F. C. Chr. Jensen. Versicherungsbeamter A. A. C. Czeguhn. Träger K. H. F. J. Dunkelmann. Terrazzoarbeiter P. G. Cattaruzza. 4. Arbeiter P. H. Hansen. Maurerpolier J. H. L. L. Niemann. Briefträger F. J. J. Hartmann. 5. Handlungsgehilfe P. C. F. Flügge. 7. Arbeiter K. W. H. Feddern. Bäcker J. F. W. L. Göbel.

Angeordnete Aufgebote.

4. November. Hauptlehrer D. W. F. Grage in Wöbs und M. D. K. M. Bade in Schlutup. Arbeiter J. A. J. Bumann und C. W. M. Wulff in Strohkirchen. Bäckergeselle H. F. J. Schulz und B. M. J. Burmeister. Kontorist J. K. F. Westphal und F. M. M. Gebhard. Bautechniker C. H. F. Franck in Walsum a. Rhein und F. D. Chr. Jürgens. 5. Bootsbauer W. K. J. Lorenz und A. F. H. J. Peters. Kutscher W. F. Chr. Giese in Ratzeburg und W. L. M. K. Knöchel in Vorwerk Mustin. 6. Schlossergeselle K. H. H. J. Krüger und B. M. L. F. Stender in Mölln. Arbeiter J. H. Chr. Edler und A. M. M. Rothländer in Ratzeburg. Schuhmachergeselle W. H. J. Edler und D. B. S. M. J. Mohr. Arbeiter H. K. Th. Bremer und L. J. Ch. Möller. 7. Lackierergehilfe G. O. Burkel und E. M. A. L. Mahn. Kunstgärtnergehilfe J. K. H. Goldschmidt und A. Chr. L. Willwater. Arbeiter J. H. H. Wesemann und R. M. K. W. Wittfoht in Schattin. Arbeiter A. E. Sabitzki und A. M. Hertwig in Stendorf. Hotelbesitzer P. J. M. E. Wieck und E. M. Schlichting in Pansdorf. 9. Versicherungsbeamter A. H. E. Lüth und B. D. E. Rocksien. Maschinenschlosser W. M. E. Reimers und A. K. B. Maykopf. Produktenhändler J. J. A. Benn und Witwe L. M. Voß geb. Raffs. Bureaugehilfe P. H. K. Behrmann und J. A. Strobel in Fackenburg. Kellner A. W. Meinhardt in Kiel und K. M. S. Pagel.

Eheschließungen.

4. November. Kaufmann W. H. K. Fahle und L. A. W. Ehlers in Rostock. Regierungsbaumeister F. Linsenhoff in Wilhelmshaven und J. A. E. M. V. Lauenstein. 5. Packer R. M. K. Mohrmann und Witwe A. M. H. Kempke geb. Mälck. Maschineningenieur O. Schmelzekopf in Hamburg und L. K. H. Kahl. Emaille-Aufträger Th. B. Bunders und Witwe M. S. K. Lehmann geb. Knothe, beide in Vorwerk. Arbeiter J. G. H. Cruel und B. Wolski. 6. Kaufmann K. A. H. Fasel und B. M. F. Trost in Klein-Sarau. 7. Bureaugehilfe W. H. J. Schulz und M. A. Stösser. 8. Straßenbahnwagenführer E. H. H. Dose und M. M. S. Sellmann. Maschinenschlosser J. F. H. W. Meinke und P. M. A. Wurr. Monteur A. J. F. M. Schröder und H. K. Eggert. Diener W. E. K. Wüst in Hamburg und E. M. M. Palm. Malergehilfe H. M. F. Schult und A. S. M. F. Schulz. Torpedo-Oberbootsmannsmaat B. H. Grammerstorf in Wilhelmshaven und M. K. J. Meinjohanns. 9. Eisenbahnarbeiter O. W. A. Hach und F. J. H. Cords. Kaufmann R. W. Bernitt in Neustadt i. Holst. und E. M. R. H. J. Michaelsen. Arbeiter A. K. A. Siegmund und A. M. J. Leopold. Schlossergeselle E. W. A. Ewers und E. A. B. M. S. Braune. Schlossergeselle H. J. P. Runge und A. K. H. Mannshardt. Arbeiter F. J. Ch. Levermann und K. M. J. J. L. Knaack. Schlossergeselle K. W. G. Sahlmann und B. A. M. Schlage. Nieter G. E. M. Paarmann und P. M. Ostrowski. Schmiedegeselle H. O. Röhrs und L. M. Koplin. Postschaffner K. J. F. Ch. Schröder in Molsling und E. Bloes. Arbeiter J. J. Pooten und Witwe M. M. D. Blayk geb. Prose. Malergeselle H. H. F. Wiencke und K. F. Stubenvoll.

Sterbefälle.

3. November. J. M. H. geb. Hempel, Witwe des Apothekers C. J. Biörnberg, 49 J. (Rio de Janeiro). D. A. M. geb. Wulff, Ehefrau des Arbeiters K. C. J. Schlichting, 41 J. F. C. W. geb. Dittmann, Ehefrau des Straßenbahnwagenführers L. W. T. Karberg, 41 J. 4. W. T. H. Böckmann, 19 J. H. E. Lueder, 63 J. 5. C. M. D. geb. Heß, Witwe des Arbeiters F. J. C. Benthien, 68 J. J. F. L. Johannisson, 18 T. Zimmermann H. A. T. Dencker, 27 J. E. E. K. Westphal, 1 J. (Hanberg). E. A. F. Pöhls, 12 T. A. J. M. E. Wenck, 2 M. A. K. H. Kühl, 5 J. 6. Privatmann J. P. Kelling, 85 J. 7. Ein totgeb. Mädchen, V.: Geschäftsreisender F. A. F. Studt. H. P. E. Wegner, 16 T. Arbeiter F. Fischer, 50 J. M. K. geb. Röhr, Witwe des Arbeiters K. H. L. Köpke, 70 J. Werkmeister G. A. Weygandt, 38 J. 8. Maschinist A. E. A. Riebold, 28 J. E. C. M. E. M. J. geb. Hamann, Ehefrau des Handlungsgehilfen J. H. F. Ehlers, 34 J. 9. Privatmann G. A. L. Detlefsen, 75 J.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

13., 14. u. 15. Distrikt
Freitag abend 8½ Uhr (4896
Sitzung im Gewerkschaftshaus.

D. T. V.
Vorstands-Sitzung
am Mittwoch, 13. November
abends 8½ Uhr (4901

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich. **J. Schöning u. Frau.**
4882) Klappenstraße 22 a.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders, sowie Herrn Pastor Lindenberg unsern tiefgefühlten Dank. (4898
W. Riebold und Familie.

Lehrfräulein
für meine Schuhwaren-Abteilung
4890) gesucht.
A. H. A. Lütjohann, Johannisstr. 1.

4889 **Laufbursche**
außer der Schulzeit gesucht.
A. H. A. Lütjohann, Johannisstr. 1.

Fortzugshalber z. 1. Januar eine abgeschl. **Zwei-Zimmer-Wohnung** zu verm. Preis 200 Mk. (4893
Segebergstraße 24, III.

Paf. 1 dopp. 2flam. Petroleumkoch.

Eine kleine Wohnung mit Stall und Gartenland zu vermieten. Preis 90 Mark. (4902
Rangauer Allee 2, Renfeld.

Eine **Stube,** Parterre, an Frau oder Mann, oder an alte kinderlose Leute zu vermieten.
4881) Sedanstraße 10.

Nicht eine große Reklame
sondern die
wirkliche Billigkeit
meiner Waren zeitigte den bisherigen **Erfolg** meines Unternehmens.
Meine enorm billig. Preise
4891) für alle
Herren- und Knaben-Garderoben, Arbeiter-Garderoben und Schuhwaren
erregen Aufsehen.
Ich führe gute Waren zu wirklich billigen Preisen.
A. H. A. Lütjohann
Johannisstr. 1
(Gegenüber Breite Straße.

118

Fensterglas aller Art (4462
— Rohglas —
farbige Gläser
auch im Einzelnen.
Oscar Tauchnitz, Glashandlung, Lübeck, Hüxtertor-Allee 13. Fernspr. 868.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich
Wisbystrasse 31, Ecke Ziegelstr.
ein **Kolonialwaren-Geschäft**
verbunden mit
Delikatessen und Grünwaren
eröffnet habe. Ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen. Es soll mein ernstes Bestreben sein, meine werte Kundschaft jederzeit zufrieden zu stellen. Hochachtend
4897 **Wilhelm Flaskämper.**

4883 **Ein Fahrrad**
zu verkaufen. Tremskamp 37.

Zu verkaufen event. zu verm. in Stockelsdorf, Ahrensbök. Chaussee 67, neues massiv. **Haus** m. 2 Wohn., a 3 Zim. u. Stall, preisw. z. verk. Näh. bei Wilh. Hinrichsen, Nr. 88, u. H. Randt, Nr. 10, Stockelsdorf.

Gegen spröde Hände:
Glycerin, Lanolin, Vaseline, Gold-Cream, Lanolin-Cream.
Ferd. Kayser, Breite Straße 81. (4886

Achtung Radfahrer! (4341
Schmidts Prima Löwenpneumatic
ist das **beste** und **billigste.**
Karbid zu billigsten Tagespreisen.
H. A. Hill Nachf., Johannisstr. 1.

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2025) **Fernruf 2336**
empfiehlt täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pinpkäse. Spezialität: **Kochkäse.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
3067) empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (180

Hasenfelle
Kanin, Marder, Iltis, Fuchs usw., sowie **Pferdehaare** kauft zu höchsten Tagespreisen. (4725
D. Wagner, Holstenstr. 8.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

4904 **Aug. Büttner**
Uhrmacher, Hüxstraße 32.
Wecker . . . von **2.50** Mk. an
nur gute Ware, 2 Jahre Garantie.
Uhrgläser, 1. Qualität **0.25** Mk.
Uhrkapsel, pr. vernick. **0.35** Mk.

Achtung!
Eutin und Umgegend!

Große öffentliche
Volksversammlung
am Mittwoch, 13. November
abends 8 Uhr
im Saale von Knickrehm, am Markt in Eutin.

Tages-Ordnung:
Die bevorstehende Gemeinderatswahl u. Erläuterungen zu unserm Kommunalprogramm.
Referent: Reichstagskandidat **J. Stelling-Lübeck.**
Diskussion.
Zu dieser hochwichtigen Versammlung sind alle Männer und Frauen von Eutin und Umgegend recht zahlreich eingeladen.
4888) **Der Einberufer.**

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Bei der Verlosung am 10. November im Gewerkschaftshaus wurden folgende Nummern gezogen:
14 32 106 185 239 263 276
281 293 326 337 347 391 412
425 458 475 493 499 500
Die Gewinne werden heute, Dienstag abend von 7 bis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben, später beim Genossen **W. Reppenhagen,** Fünfhausen 28 (Fahrradhaus „Frisch auf").
4894) **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 13. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Radden.
3. Genossenschaftsbücherei.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
4899) **Die Ortsverwaltung.**

Naturfreunde.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 13. November
abends 8½ Uhr
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht; u. a. Ausgabe der Monatsschrift.
4885) **Der Vorstand.**

Dilettanten-Klub „Freiheit".

Großer theatralischer Abend
am Dienstag, d. 19. November in den Zentral-Hallen.
Zur Aufführung gelangt:
1. **Der Schuster als Prinz** in 3 Akten.
2. **O, diese Sozialisten** in 1 Akt.
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anf. 8½ Uhr.
Karten im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg., Kinder 15 Pfg. Programm frei.
4884 **Das Komitee.**
Karten sind zu haben bei **Bartelmann,** Hüxstr., **Lexau,** Böttcherstr., **Jürs,** Engelsgrube, in den **Zentral-Hallen** u. bei sämtlichen Mitgliedern.

Hansa-Theater
8½ Uhr. 8½ Uhr.
Gastspiel
Lotte Sarrow
Die Ehebrecherin
sowie 10 neue Spezialitäten.
Vorzugskarten nur wochentags gültig.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Große Volks- und Fremden-Vorstellung
zu kleinen Preisen.
(4895
Ab 11 Uhr: Kabarett
bei freiem Eintritt.
Auftreten erster Kräfte.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, den 13. November:
Außer Abonnement. **Mittelpreise**
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr
Autoliebchen.
Burleske Operette von Jean Gilbert
Donnerstag, den 14. November:
51. Vorst. i. V.-A. 9. Vrst. i. Donnt.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr
Samson und Dalila.
Große Preise. 488

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 266. Dienstag, den 12. November 1912. 19. Jahrg.

Südwestafrikanische Eingeborenenmißhandlungen.

Vor einiger Zeit spielte sich in Windhuk ein Prozeß gegen den Farmer Kramer ab, der die haarsträubendsten Tatsachen über barbarische Eingeborenenmißhandlungen ans Tageslicht brachte. Kramer wurde in erster Instanz zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Sache kam dann vor das Obergericht, das nach mehrtägiger Verhandlung eine Vertagung für angebracht hielt, um durch Vernehmungen weiterer Zeugen „eine gründliche Klärung der Frage" herbeizuführen. Kramer hatte nämlich zu seiner Entschuldigung angeführt, daß er zu den unmenschlichen Mißhandlungen seiner eingeborenen Arbeiter durch die Notwehr veranlaßt worden sei, da die betreffenden Eingeborenen Vergiftungsversuche gegen ihn und seine Familie unternommen hätten. In dem Vertagungsbeschluß führte der Oberrichter u. a. aus: „Das Gericht ist der Ansicht, daß doch möglicherweise Fälle von Vergiftungen in Frage kommen könnten und daß deshalb Notwehr vorgelegen haben könne." Wir werden über die weiteren Verhandlungen seinerzeit berichten. Für heute jedoch wollen wir eine Reihe von Einzelheiten aus dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen mitteilen, um der deutschen Öffentlichkeit zu zeigen, welch ungeheuerliche Zustände ist Südwestafrika herrschen.

Der Farmer Kramer behauptete, daß nicht nur gegen sein Vieh Vergiftungsversuche begangen worden seien, sondern, daß man ihm selbst nach dem Leben getrachtet habe. Eines Tages seien er und seine Frau nach dem Genuß von Tee erkrankt, den sie für vergiftet gehalten hätten. Ein andermal habe man sie dadurch zu vergiften versucht, daß man Gift in das Feuer getan (!) habe, um totbringenden Rauch zu entwickeln! Auch hätten die Leute Giftpfeile besessen, deren sie sich ihm gegenüber zu bedienen beabsichtigt hätten. In der Verhandlung stellte sich nun heraus, daß Kramer durch die furchtbarsten Prügel und Marter allerhand Geständnisse aus seinen schwarzen Arbeitern herauszupressen versucht hat. Der frühere Farmverwalter Kramers, Zeuge Röder, erklärte, daß erst seit 1912 von Vergiftungen die Rede gewesen sei. Kramer selbst habe die Sache durch „Ausfragen" der Eingeborenen ausfindig gemacht. Auf Anordnung Kramers seien die Eingeborenen, bis auf eine männliche Person lauter Frauen, gefesselt und geprügelt worden. Der mißhandelte Eingeborene July sei geschlagen worden, damit er das Gift herausgebe und aussage. Er, Röder, habe dolmetschen müssen, da sich Kramer mit July nicht verständigen konnte. Er sei aber nicht bei dem ganzen Verhör dabei gewesen. (Der Richter macht hier darauf aufmerksam, daß Kramer also den July meist allein vorgenommen habe, obwohl er sich mit ihm ohne Dolmetscher gar nicht verständigen konnte!) Zeuge Röder fährt fort (wir folgen hier wie im übrigen der südwestafrikanischen Zeitung „Südwest"): Kramer habe geschlagen, „um was rauszukriegen". Kramer habe ihm auch den Auftrag gegeben, einen Feuerbrand zu holen und neben July hinzulegen; dabei habe er sich nichts gedacht! July wurde so stark geschlagen, daß die Wunden aufplatzten. Er wurde dann im Proviantraum angekettet, wo er vom 27. Januar bis 3. Februar verblieb. Der Richter fragt den Zeugen: Nun sagen Sie einmal, wozu war eigentlich die ganze Prügelei? „Weil sie es zu toll trieben," antwortete der Zeuge und fährt fort: sie hätten es ja selbst ausgesagt!

Der Verteidiger Dr. Kramer, der Bruder des Angeklagten, sucht an dieser Stelle nachzuweisen, daß bei der ganzen Sache zwei Zeitabschnitte zu beachten seien. Vor der Giftsache sei nur zur Strafe gezüchtigt worden, nicht um Aussagen zu erlangen, und nur nach dem Geständnis. Der Richter weist jedoch darauf hin, daß ja nach dem Geständnis des Angeklagten selbst geprügelt worden sei, um ein Geständnis zu erlangen.

Als „Beweismaterial" für die Vergiftungsbeichten der Eingeborenen lag folgendes Material vor: 1. eine Patronenhülse, die ein grünliches Pulver enthielt, 2. eine Wurzel, die inzwischen verfüttert wurde, 3. eine Büchse mit einer Salbe, die Bestandteile einer Schlange, Käferlarven und einer Wurzel enthielt, 4. ein Stück angeblich von der Spitze eines Giftpfeils, 5. eine Büchse, enthaltend einen kleinen Lederköcher mit kleinen Pfeilchen. Der Sachverständige Dr. Sieber, der Leiter des bakteriologischen Instituts in Gamams, erklärt dazu: Die Patronenhülse enthielt ein Pulver, das an eine Ziege verfüttert wurde. Zwei Tage lang zeigten sich an der Ziege Anzeichen eines Unwohlseins, die jedoch am dritten Tage zurückgingen. Er halte die Pflanze, von der das Pulver stamme, für eine Strophantusart, die von den Eingeborenen möglicherweise benutzt werde, um Magen- und Darmstörungen, vielleicht auch Herzaffektionen zu heilen. Eine Quantität dieses Pulvers wurde auf eine glühende Metallplatte geschüttet, jedoch hatten die Dämpfe keinerlei Wirkung. Die Wurzel wurde an eine Ziege verfüttert, ohne daß gleichfalls dauernde Nachteile für das Tier entstanden wären. Ebenso verhielt es sich mit dem Inhalt des Büchschens, einer salbenartigen Masse. Auch diese Salbe halte er für ein Eingeborenenmedikament. Das Stück Pfeilspitze enthielt kein Gift, wie aus einem Tierversuch hervorging, ebensowenig sei Pfeilgift an den kleinen Pfeilchen festgestellt worden!

Ferner wurde durch Befragen eines Missionars Meyer festgestellt, daß eine sogenannte „Omugaigaimedizin", deren sich die Eingeborenen angeblich bei ihren Vergiftungen bedient haben könnten, bei den Eingeborenen als Heilpfanze ungemein geschätzt und gegen Erkältungen, Magenverstimmungen usw. angewendet werde.

Das war das ganze Ergebnis der Untersuchung des von Kramer vorgelegten Vergiftungsmaterials! Es bot nicht den geringsten Anhalt dafür, daß es sich bei der ganzen Vergiftungsaffäre um etwas anderes gehandelt hatte, als um törichte Einbildungen des Angeklagten.

Wie dagegen sahen die Mißhandlungen aus, die Kramer an den Eingeborenen verübt hat. Dr. med. Holländer, praktischer Arzt in Gobabis, gab nach dem Berichte von „Südwest" folgende Darstellung:

„July, der einzige Mann unter den Verletzten, habe große Hautdefekte gehabt, die Sachverständiger näher schildert; in Lebensgefahr sei er nicht gewesen.

Marias Wunden gingen über den ganzen Rücken. Die brandige Haut, die zuerst noch vorhanden war, ging nachher ab! Deshalb haben die Verletzungen nach Aussage des Sachverständigen dem Auge zuerst nicht in vollem Umfange bloßgelegen. Die Überhäutung ging nicht glatt vor sich, weil auch nach Anbringung zweier Spannungsschnitte sich die Haut nicht ziehen ließ, das Unterhautzellgewebe sei durch die starken Schambockhiebe zerstört gewesen.

Das Leben der Maria sei wohl bedroht gewesen, sie habe lange krank gelegen.

Kanduros Verletzungen seien nicht so erheblich gewesen. Die Möglichkeit des Zusammenhangs zwischen der Mißhandlung und der Fehlgeburt sei wahrscheinlich. Wenn sie getreten worden sei, wäre der Konnex sicher. Auch wenn große Gewalt angewendet werde, könne es noch recht lange dauern, bis als Erfolg eine Fehlgeburt eintrete. Amalie habe ebenfalls

handtellergroße Hautdefekte

gehabt; ihr Leben sei nicht besonders (!) gefährdet gewesen. Magdalena, die an sich schwächlich erscheine, habe nicht so starke Verletzungen aufgewiesen, sie sei aber immerhin ordentlich ausgepeitscht worden. Die Verletzungen hätten sich über Rücken, Brust und Schultern erstreckt. Die verstorbene Auma habe am schlimmsten ausgesehen. Sie hätte nur durch **direkte Hautüberpflanzung auf operativem Wege behandelt** werden können. Sie starb an der Ruhr, an der, wie der Sachverständige sagt, ja auch ganz gesunde Leute sterben können. Ein Zusammenhang zwischen dem Tod und der Züchtigung ist nicht nachzuweisen. Alwine sei auch nicht so schlimm mißhandelt worden, immerhin aber über eine „väterliche Züchtigung" hinausgehend. Sie war nicht weiter in Behandlung. Maria, Jakobs Frau, wird

dauernd in ihrer Arbeitsfähigkeit geschädigt bleiben.

Also in Ausübung des in Südwestafrika den Eingeborenen gegenüber allgemein üblichen „väterlichen Züchtigungsrechtes", respektive auf bloßen Verdacht hin, wurden zahlreiche Eingeborene von Kramer mit dem Schambock, der Nilpferdpeitsche derartig mißhandelt, daß ihr Leben zum Teil schwer bedroht war, daß bei einer der Mißhandelten eine Fehlgeburt eintrat, daß eine andere, deren Wunden nur durch direkte Hautüberpflanzung auf operativem Wege hätten geheilt werden können, starb (freilich an der Ruhr), daß eine lange krank lag und wieder eine andere dauernd in ihrer Arbeitsfähigkeit geschädigt sein wird!

Und für diese grenzenlosen Barbareien bekam der Angeklagte nur ein Jahr und neun Monate Gefängnis! Ja, wenn die erneuten Untersuchungen auch nur die leiseste Möglichkeit ergeben sollten, daß wirklich einmal, wenn auch nicht im Fall Kramer, Vergiftungsversuche durch Eingeborene vorgekommen sein sollten, wird Kramer vielleicht gar der Tatbestand der Notwehr zugute gehalten und er am Ende gar freigesprochen!

Sehr charakteristisch für die Art, wie mit den Eingeborenen in Südwest umgesprungen wird, sind auch

---

Der Hochwald.

Erzählung von Adalbert Stifter.

(9. Fortsetzung.)

Und somit stiegen die Schwestern die Treppe zu ihrem Gemach hinan, angstvollen und harrenden Herzens, und als sie ihr mäßig Abendmahl verzehrt, sich entkleidet und die Magd entlassen hatten, schlossen sie besorgt doppelt Schloß und Riegel an den Türen, setzten sich auf ein Bett zusammen und redeten noch vieles und manches, sich tröstend und liebversichernd, auch daß sie nie mehr ohne das Fernrohr einen Spaziergang machen wollten. So kosten sie noch lange, bis die rote Scheibe des Mondes hoch ob dem Erdenrande schwebend, längst zur goldenen geworden und Johanna am Busen der Schwester wie ein Kind entschlafen war.

Clarissa ließ sie sanft auf die Kissen gleiten und suchte auch ihr Lager; — noch hörte sie in ihre beginnenden Träume hinein das Jauchzen der zurückkehrenden Knechte jenseits des Sees herüber und das Plätschern des abfahrenden Gregors, der sie holte.

Dann sank tiefe, feste Ruhe über die schönen Augenlider.

Waldwiese.

Des andern Tages stand schon die Sonne am Morgenhimmel, als Clarissa erwachte und an das Bett Johannas trat, die noch tief schlummerte und sich ein ganzes Morgenrot auf ihre unschuldigen Wangen geschlafen hatte. Da ging sie leise an das Fenster, das im Morgengold wallte, sah einige Augenblicke auf den Wald, der mit Reif bedeckt war und Funken warf, und kniete endlich auf ihrem Schemel nieder, um ihr Morgengebet zu verrichten. Als sie aufstand, sah sie auch Johanna an ihrem Schemel knien; daher wartete sie ruhig, bis auch diese aufgestanden war und dann, noch den Abglanz des gläubigen Gebets in den Augen, grüßten sie sich heiter und freudig und scherzten fast über ihre gestrige Angst. Man ließ die klopfende Magd herein und diese berichtete, daß die Knechte erzählt hätten, wie draußen bereits Kriegsvölker ziehen und daß es über die Wasserscheide oft wie Ameisenzüge gehe, alles gegen die oberen Donauländer. An den Waldrändern ist es so einsam und still wie immer. Von Wittinghausen wußten sie nichts. Man beschloß, Gregor zu bitten, daß er sie, sobald die Gräser und Gebüsche etwas trocken geworden wären, auf den Blöckenstein geleiten möge.

Als sie angekleidet waren und die hohe Sonne schon Reif und Tau von ihrer Wiese gezogen hatte, wollten sie auf selber ein wenig luftwandeln gehen. Wie sie über die Treppe hinabkamen, fanden sie Gregor, wie er eben lockere Bretter und Balken festnagelte, auch befremdete es sie, daß das äußere Tor an den Pflöcken, das immer ganz und gar offen gestanden, nicht nur eingeklinkt, sondern auch verriegelt war. Gregor ließ sogleich von seinem Geschäfte ab und zeigte ihnen den getrockneten Geier, dessen Federn er in schöne Ordnung gebracht habe und von denen er sie bat, sich die schönsten als ein Angedenken ihres Waldlebens auszusuchen; indes wolle er hineingehen und sich richten, um sie begleiten zu können. Er ging. Aber anstatt sich Federn auszulesen, standen die Mädchen und sahen sich befremdet an; denn heute war alles neu. Sonst hatte er sie ganz allein auf ihrer Wiese weit und breit bis an das Gerölle gehen lassen, ohne sich weiter zu bekümmern. Susanna, die Magd, die eben dastand, erzählte auch, daß, als sie erfahren, daß nicht Gregor den Geier geschossen, sondern ein anderer Schuß es war, man wisse nicht woher, sie vor Angst fast die ganze Nacht nicht geschlafen und da sei sie spät nach Mitternacht, als bereits die zurückgekommenen Knechte längst schliefen, durch ein seltsames Geräusch erschreckt worden, als ob ein Schloß rassele — und da sie nun behutsam zum Fenster hinausgesehen, habe sie wirklich gehört, wie das Schloß am äußeren Tore gesperrt werde und sodann eine Gestalt, die sie für Gregors hielt, dem Ahornwäldchen zuschritt. Fast eine Stunde verging, ehe die Gestalt wiederkam, aufsperrte und hereintrat, hinter sich sorgsam verriegelnd — es war nun, wie er zum Hause kam, deutlich erkennbar, daß es Gregor sei. Diese Tatsache war nun nicht geeignet, die Unruhe der Mädchen zu vermindern — allein wie Gregor zur Tür heraustrat und sie den schönen Greis ansahen mit der aufrichtigen Stirne und darunter die glänzenden dichterischen Augenpaare, so folgten sie ihm willig durch das Tor, das er hinter sich wieder schloß. Keine — wie durch Verabredung — tat der neuen auffallenden Vorkehrungen Erwähnung. Er schwieg auch darüber.

Nachmittags, d. h. nach damaliger Sitte schon um zwölf Uhr, stieg man auf den Böckenstein. Zwei bewaffnete Knechte begleiteten sie, der dritte hütete das Floß. Das Rohr wurde befestigt, und rein und klar, wie immer, stand das kleine Nachbild des Vaterhauses darinnen. Wie ein Vorgefühl, als sähen sie es zum letztenmal so, überkam es die Herzen der Mädchen, und es war ihnen, als könnten sie sich gar nicht davon trennen und als müßten sie den geliebten schönen Vater oder den unschuldigen Knaben Felix auf irgend einem Vorsprunge stehen sehen.

Wahrscheinlich waren es die neuen Anstalten Gregors, die ihnen dies Unruhegefühl einflößten.

Endlich, da immer dasselbe längstbekannte und unbelebte Bild im Glase stand, und nach tausend Grüßen, die laut und heimlich hinübergesendet wurden, nahm man das Rohr ab und trat den Rückweg an. Zu Hause wählten sie sich noch einige Federn des Geiers und begaben sich dann wieder in ihre Zimmer.

Kein einziger Vorfall geschah diesen und die folgenden Tage, außer daß man wieder einmal wollte bemerkt haben, daß Gregor in der Nacht das Haus verlassen habe: aber eine gewisse Schwüle und Angst lag über dem Tale und den Herzen, als müsse jetzt etwas geschehen. Seltsam — als ob die unsichtbaren Boten schon vorausgingen, wenn ein schweres Ereignis unserm Herzen naht. — —

Es war die fünfte Nacht nach dem Schusse des Geiers — der abnehmende Mond stand am blauen Nachthimmel und malte die Fenstergitter auf die Sessel und Bettvorhänge der Mädchen — da saß Johanna am Rande des Bettes ihrer Schwester und mit dem Finger sanft ihre entblößte Schulter betupfend, suchte sie dieselbe zu wecken, indem sie angstvoll leise die Worte hauchte: „Hörst du nichts?"

„Ich höre es schon lange," antwortete Clarissa, „aber ich wollte dich nicht wecken, daß du keine Angst habest."

Nun aber richtete sie sich auch in ihrem Bette auf und von dem einen Arme Johannas gehalten, auf die Bettkante gestützt, saßen sie da, keinen andern Hauptschmuck als das schöne Haar, den Körper im Horchen sanft vorgebogen, unbeweglich, wie zwei tadellose Marmorbilder, um die das milde Licht der Herbstnacht fließt.

Es war, als hörten sie undeutlich in der Ferne eine Stimme, schwebend zwischen Rufen und Gesang — es war aber weder die eines Knechtes, noch Gregors.

Sie horchten lautlos hin, aber hörten gerade jetzt nichts. Auf einmal ganz deutlich, wie heraufordernd — schwärmerisch wild klang ein Gesang einer Männerstimme herüber, folgende Worte tragend:

Es war einmal ein König,
Er trug 'ne goldne Kron'.
Der mordete im Walde
Sein Lieb — und ging davon.

Da kam ein grüner Jäger:
„Gelt König, suchst ein Grab,
Sieh da die grauen Felsen,
Ei, springe flugs hinab."

Und wieder war ein König,
Der ritt am Stein vorbei:
Da lagen weiße Gebeine,
Die goldne Kron' dabei.

die Äußerungen des Staatsanwalts, Bezirksamtmanns Todt. Er wies darauf hin, daß

erst vor drei Wochen ein ähnlicher Fall

von Eingeborenenmißhandlungen vorgelegen habe, bei dem er gegen den Angeklagten Zuchthaus habe beantragen müssen, welcher Antrag leider abgelehnt worden sei. Dann sagte er nach „Südwest" weiter:

„Um es der Öffentlichkeit zu ersparen, ihn als negrophilen (negerfreundlichen) Staatsanwalt hinzustellen, wolle er gleich erklären, daß er weit davon entfernt sei, aus nur ethischen oder moralischen Gründen gute Behandlung der Eingeborenen und ein hohes Strafmaß für Eingeborenenmißhandlungen zu fordern."

Weiter führte der Staatsanwalt aus, mit dem väterlichen Züchtigungsrecht, mit dem der Angeklagte sich herauszureden suchte, werde überhaupt viel Unfug getrieben. Daß man die Eingeborenen ohrfeige (erwachsene Männer und Frauen!) könne als Ausübung des Züchtigungsrechts gelten, mehr aber nicht.

Es ist ein geradezu schauderhaftes Bild kolonialer Unkultur, das uns auch dieser Prozeß aus Südwest wieder entrollt. Bekanntlich hat man die Eingeborenen nach ihrer Niederwerfung versklavt und den Farmern als Zwangsarbeiter ausgeliefert. Sie dürfen nur ganz weniges Kleinvieh halten, sich niemals selbständig machen und nur mit obrigkeitlicher Erlaubnis ihren Herrn wechseln. Diese Herren aber haben das Recht der väterlichen Züchtigung! Und wie sie es ausüben, beweist ja dieser Prozeß und jener andere, auf den der Staatsanwalt anspielte. Geht den Farmern durch Schlangenbiß oder eine Krankheit Vieh ein, so werden die Eingeborenen dafür verantwortlich gemacht und mit der Nilpferdpeitsche bearbeitet. Sogar ihr eigenes Vieh wird, wie das im Prozeß Kramer festgestellt wurde, von einem Polizeisergeanten einfach ihrem Herrn als angeblicher „Ersatz" zugewiesen. Es herrscht also mit einem Wort die schändlichste Sklaverei, die sich denken läßt. Ein Zustand, wie er vor der Negerbefreiung in Amerika kaum je so schlimm bestanden haben kann.

In Südwestafrika wird gerade jetzt wieder von den Interessentenkreisen eine wilde Hetze gegen die Absicht der Regierung getrieben, die Schutztruppe ein wenig zu vermindern. Jeder klare Raubanfall von der Grenze her und jedes Giftmordammenmärchen wird dazu benutzt, die drohende Gefahr eines Aufstandes der doch völlig zerstreuten und gänzlich waffenlosen Eingeborenen an die Wand zu malen! Als ob nicht gerade die schändliche Versklavung und die rohen Mißhandlungen der Eingeborenen einzelne Verzweiflungs- und Racheakte der getretenen Volksstämme hervorrufen müßten!

So aber sieht die „Kultur" aus, mit der die weißen Ausbeuter durch ihre Kolonialpolitik die „Wilden" beglücken!

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 11. November 1912.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 20 Min.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung soll der Kostgeldtarif für das Krankenhaus auf die nächste Bürgerschaftsversammlung verschoben werden.

Aug. Pape fragt, wann die Vorlage der Gast- und Schankwirtschaftssteuer zur Beratung gelangt. Die Antwort des Wortführers geht unter allgemeiner Heiterkeit eines Mißverständnisses wegen verloren.

Die Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Antrags Meyborg, betreffend einheitliche Regelung des Gehalts der lübeckischen Zollbeamten hatte folgendes Ergebnis: Dr. Hartwig, Dr. E. Meyer, Meyborg, Peter Pape, Scharff. Ersatzmänner Boie und Schneider.

Über die Beschlußfassung der Bürgerschaft zur Rückäußerung des Senates vom 19. Oktober d. J. betreffend die Eingemeindung Travemündes erklärt

Senator Dr. Fehling, daß am 29. Oktober 1912 das Gesetz betreffend die Eingemeindung Travemündes im Amtsblatt veröffentlicht worden sei. Die Senatskanzlei war im Glauben, daß ein Rat- und Bürgerschluß erfolgt sei. Dies ist ein Irrtum. Die Ungültigkeit der Veröffentlichung vom 29. Oktober wird hiermit bekanntgegeben.

Die Bürgerschaft stimmt den besonderen Bestimmungen jetzt definitiv zu.

1. Antrag: Staatsseitiger Erwerb von Ländereien der Firma Louis Wolff C.-G. in Siems. — Zahlung einer Entschädigung an das St.-Johannis-Jungfrauenkloster.

Henk (Bültwisch) fragt, ob man diesen Fall als Vorbild zum Ablösungsgesetz nehmen wolle. Im Industrieverein habe der Wortführer erklärt, man müsse mit dem System brechen. Dies Verfahren bedeute aber eine Prämie für das Kloster. Er lehne den Antrag ab.

Dr. Görtz: Der Antrag ist nur die Konsequenz eines früheren Beschlusses der Bürgerschaft.

Senator Dr. Fehling ist der gleichen Meinung.

Der Antrag wird angenommen.

Die Senatsanträge betr.

Instandsetzung des Lagerplatzes auf der Wallhalbinsel an der Stelle des abgebrannten Güterschuppens.

Legung von Gashauptrohren auf dem für den Anbau freigegebenen Gelände in der Gemeinde Israelsdorf

werden ohne Debatte angenommen.

4. Antrag: Nachbewilligung auf budgetmäßige Ausgaben im Rechnungsjahr 1911.

v. Schack: Die Kommission erhielt auf jede Anfrage Auskunft, jedoch wurde ihr eine solche vom Senat im Punkte Ehrenausgaben verweigert. Nur die Bürgerschaft sei berechtigt, eine Auskunft zu verlangen. Ich bin der Meinung, wenn die Bürgerschaft oder der Bürgerausschuß eine Kommission wählt, dieser Kommission auch Auskunft erteilt werden muß. Der in den Etat eingestellte Betrag ist um 60 % überschritten. Im Budget sind 10 000 Mark eingestellt, 16 000 Mark wurden ausgegeben.

Senator Dr. Fehling: Die gewünschte Auskunft habe ich der Kommission in Übereinstimmung mit dem Senat nicht gegeben, weil nach § 51 Abs. 4 der Verfassung nur die Bürgerschaft befugt ist, eine solche zu verlangen. Der Bürgerausschuß konnte sich mit der Sache nicht befassen, weil er mit Arbeiten überhäuft ist. Eine Einigung wäre dort sicher bald erfolgt. Nach der Verfassung kann die Bürgerschaft die geforderte Summe nicht versagen, verlangen kann sie jedoch nur eine Darlegung der von der Gesamtsumme bestrittenen Zahlungen. Bei Festsetzung dieses Paragraphen wurden die Worte genau abgewogen. Die Befugnisse des Bürgerausschusses sind genau umschrieben, aber ein direktes Recht auf spezielle Auskunft über die Ehrenausgaben des Senates steht ihm nicht zu. Und da sollte eine Kommission dieses Recht haben? Solange die Verfassung besteht, wurde von keinem einzelnen Mitgliede der Bürgerschaft oder des Bürgerausschusses eine solche Darlegung verlangt. Die Bürgerschaft hatte von jeher die Meinung, daß solche Bestimmungen nur dazu dienen, das Verantwortlichkeitsgefühl der Regierung zu stärken. Diese Art Ausgaben dienen zum Wohle der Stadt und der Allgemeinheit. Im Verfassungsentwurf von 1847 wird festgesetzt, daß von der Zustimmung der Bürgerschaft ausgenommen sind die unvermeidlichen Summen für die Regierung, und wenn diese erschöpft sind, kann sie diese erweitern, doch hat in diesem Fall die Bürgerschaft das Recht, vom Senat eine Darlegung der Gesamtsumme zu verlangen. Es handelt sich hier um alte Rechte und alte Pflichten, die die Bürgerschaft übernommen hat vom Hauptkassenrezeß von 1669. Damals wurde dem Rate das Recht bestätigt, für unvermutliche und außerordentliche Ausgaben den Betrag von 200 Reichstalern, so oft er ihn begehre, zu gewähren. Wenn Nachforderungen verlangt würden, dürfe nur nach der Ursache gefragt werden, wenn der fünffache Betrag, also 1000 Taler gefordert würden. Dann aber soll der Rat nur „zween oder dreien" Bürgern sich offenbaren mit dem Versprechen, daß sie niemals Mitteilung davon machen würden.

Dr. Görtz: Weil diese Frage eine staatsrechtliche ist, haben wir das Recht und die Pflicht, uns darüber zu unterhalten. Da wir aber eine große Tagesordnung haben, sollten die beiden stellvertretenden Wortführer sich mit dem Senat in Verbindung setzen und später hier Mitteilung machen. Aber das eine ist richtig: eine bloße einzelne Anfrage zur Darlegung über die Verwendung der Ehrenausgaben genügt nicht. Es muß ein Bürgerschaftsbeschluß vorliegen. Seit den 25 Jahren, während denen ich der Bürgerschaft angehöre, ist eine solche Forderung nicht erhoben worden.

Löwigt: Wenn auch ein derartiger Antrag von der Bürgerschaft bisher dem Senate nicht entgegengebracht wurde, so möchte ich doch gerade heute diesen Antrag stellen. Der Wortführer ist allerdings der Auffassung, daß sich die Ehrenausgaben des Senats in verhältnismäßig geringen Grenzen bewegen. Ich bin anderer Ansicht. Noch vor wenigen Jahren wurden 6000 Mark in den Etat eingestellt. Später sind 10 000 Mark für die Ehrenausgaben ausgeworfen worden. Wenn mehr in den Etat eingestellt wird, so wird die Summe aber doch regelmäßig und erheblich vom Senat überschritten. Die Bürgerschaft hat ein Interesse daran, eine Darlegung über diese Ausgaben zu bekommen. Ich stelle deshalb den Antrag: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr gemäß § 51,4 der Verfassung eine Darlegung über die im Rechnungsjahre 1911 verausgabten Summen für Ehrenausgaben zu geben. Wenn der Senat nichts zu verheimlichen hat, so ist doch die Bürgerschaft daran interessiert, zu erfahren, wofür das Geld ausgegeben worden ist.

Senator Dr. Fehling begrüßt die Worte von Dr. Görtz. Die Ehrenausgaben des Senats seien nach Herrn Löwigt im steten Steigen begriffen, das wäre mit dem Wachsen der Stadt nicht zu verwundern, doch sind sie dem nicht zuzuschreiben, sondern ganz besonderen Umständen. Der Senat nimmt es nicht leichter als früher.

v. Schack geht auf die Einwendung des Senats ein. Der baldige Mitgliederwechsel habe ihn von einer Antwort an den Bürgerausschuß abgehalten. Wenn eine Kommission dieses Bürgerausschusses einen derartigen Antrag stelle, sollte man ihr entgegenkommen, denn der Bürgerausschuß stelle nichts anderes dar, als eine ständige Kommission der Bürgerschaft. Trotzdem bittet er den Antrag Löwigt abzulehnen. Es handle sich nur um eine Bagatelle.

Löwigt: Ich wundere mich sehr über die Worte des Vorredners, nach denen es sich für uns nunmehr plötzlich um eine lumpige Bagatelle handeln soll. Dabei hat sich die Kommission eingehend damit beschäftigt. v. Schack hat die Frage hier angeschnitten und jetzt soll es auf einmal eine Summe sein, die nicht in Betracht komme. Ich sehe nicht ein, warum denn die Darlegung erst gewünscht worden ist. Der Senat ist ja bereit, sie zu geben. Eine lange Debatte wird sich daran vielleicht gar nicht schließen. Nehmen Sie meinen Antrag an.

Senator Dr. Fehling betont, daß er Herrn v. Schack keinen Vorwurf habe machen wollen.

Der Antrag Löwigt wird abgelehnt.

Mühsam ersucht um Herstellung eines neuen Verzeichnisses über die Bürgerschaftsverhandlungen.

Der Senat sagt ein solches in Bälde zu.

Aug. Pape erkundigt sich über das Rechtsgutachten, die Schiffahrt des Ratzeburger Sees betr.

Senator Dr. Fehling wird in nächster Zeit auf die Angelegenheit zurückkommen.

Dr. Ziehl bittet die Behörden, sich nicht Summen zu bewilligen, die der Beschlußfassung des Bürgerausschusses oder der Bürgerschaft unterliegen.

Senator Rabe: Es wird stets darauf gesehen, daß die Buchungen richtig gemacht werden. Bei den in Betracht kommenden Fällen hatte die Sache große Eile.

Buchwald: Dr. Ziehl hat moniert, daß größere Ausgaben der Bürgerschaft unterliegen sollen. Ich kann ihm nur beipflichten.

Dr. Schlomer: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß solche Dinge der Genehmigung der Bürgerschaft unterliegen. Es ist schon vorgekommen, daß Arbeiten schon begonnen haben, ehe die Bürgerschaft darüber schlüssig geworden ist. Wenn diese nötig waren, hat sich die Bürgerschaft nicht geweigert, sie zu bewilligen. Aber ein ausführlicher Antrag muß vorliegen, und der hat hier gefehlt. Das darf in Zukunft nicht wieder vorkommen. Ich stelle ferner die Anfrage, ob die Schweinemastanstalt aufgehoben worden ist oder nicht. In der Lübecker Bevölkerung geht das Gerücht über diese Maßnahme. Aus dem Bürgerausschußprotokoll ist ersichtlich, daß ein solcher Antrag angenommen wurde, der Bürgerschaft lag er nicht zur Genehmigung vor. Gegen die Aufhebung müssen gerade jetzt starke Einwendungen gemacht werden. Wo andere Städte derartige Einrichtungen schaffen, heben wir sie auf in einer Zeit, wo sie geeignet sind, auf die Schweinefleischpreise einzuwirken.

Dr. Görtz: Die Bürgerschaft hat das Recht und die Pflicht, darauf zu achten, daß ihr keine Rechte genommen werden. Ich pflichte Herrn Dr. Ziehl vollkommen bei. Ich glaube auch, daß diese Anregung dem Senate genügen wird.

Der Antrag wird angenommen.

5. Antrag: Gewährung einer Unterstützung aus Staatsmitteln und Bau eines Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule von Fräulein Freese.

Hinkeldeyn befürwortet den Antrag und wirft die Frage auf, was geschehen müßte, wenn der Antrag von der Bürgerschaft abgelehnt würde. Dann müßte sofort eine zweite Lehranstalt für höhere Töchter geschaffen werden, die uns mindestens 25 000 Mk. jährliche Mehrausgaben verursachen würde. Wir sollten uns freuen, wenn von anderer Seite dem Staate Lasten abgenommen werden. Das zeige sich auch bei der Reimannschen Realschule. Wenn sie auch keine Reichtümer geschaffen hätten, so würde die Leiter der Privatanstalten doch das frohe Bewußtsein erfüllen, für das Erziehungswesen Gutes geleistet zu haben. Bei den Ansprüchen, die dem Ausbau solcher Lehranstalten zugemutet werden, sei es nicht leicht für eine einzelne Person, aus eigenem alles zu bestreiten. Man sage wohl nicht ganz mit Unrecht, daß die Selbständigkeit aufhöre, wenn staatliche Unterstützung eingreife. Doch seien die Vorteile im Erziehungswesen der einzelnen Kinder in Privatanstalten immer noch überwiegend. Als Leiter werde wohl ein Mann in Frage kommen, wenn auch nicht zu erkennen sei, daß die Meinung, die Frau müsse zur Frau sprechen, nicht an Bedeutung verliere. Die Zuschüsse sollten nur so weit geleistet werden, als sie für die ausreichende Bezahlung der Lehrkräfte notwendig sind. Jedenfalls dürften wir das Problem der Einheitsschule nicht mit der einzigen staatlichen höheren Töchterschule verquicken. So wichtig die Einheitsschule sei, hier in Lübeck käme die Eigenart der niederdeutschen Sprache in Frage, die im Volke erhalten bleiben müsse. Das Problem trete hier zurück.

Stelling: Ich muß etwas Wasser in den kredenzten Wein gießen und mit allem Nachdruck betonen, daß uns nach mancher Richtung hin die Sache etwas eigentümlich vorgekommen ist. Wie aus dem Kommissionsbericht ersichtlich ist, ist mit Recht bedauert worden, daß Fräulein Freese durch den Verkauf des Grundstücks in der Fleischhauerstraße während der schwebenden Verhandlungen uns vor eine vollende Tatsache gestellt hat. Es handelt sich nun darum, ob dem Gedankengang der Vorredner gefolgt werden soll oder ob man ganze Arbeit macht. Bedenken wir die Sache. Wir wollen den Platz hergeben, das Grundstück bauen, für 12 000 Mk. vermieten, ein sehr niedriger Preis, und jährlich 9000 Mk. Subvention bezahlen. Weiter sagt man, wir müssen den Weg in der Hauptsache aus finanziellen Gründen beschreiten. Nach der Redewendung v. Schacks über die lumpigen 16 000 Mark (Zuruf: 6000!) — die vorher im Budget festgesetzten 10 000 müssen doch auch dazu gerechnet werden — ich sage, wenn 16 000 Mk. eine Bagatelle sind, kommts auch auf die 25 000 Mark nicht an. Lassen wir aber diesen Einwand einmal beiseite. Bei der finanziellen Frage sprechen wesentlich andere Gesichtspunkte mit. Ich habe keinen Anlaß, die Aufstellung der Oberschulbehörde anzuzweifeln, und doch wird es hier noch möglich sein, zu sparen. Herr Hinkeldeyn sagt allerdings, mit den 9000 Mk. Zuschuß sei es getan; das sagt man jetzt, später kommt doch mehr heraus. Die Reimannsche Schule ist ein sprechendes Beispiel. Was heute erspart wird, holt man im Laufe der Zeit wieder aus der Tasche heraus, dann haben wir die alten Verhältnisse wieder. Stichhaltige Gründe für die Erhaltung der Privatschulen wurden nicht angegeben. Die Mehrzahl der sie benutzenden sind Kinder von Honoratioren, Großkaufleute, die der Ansicht huldigen, es sei nicht schön, wenn ihre Töchter mit den Kindern von Photographen oder Ladenbesitzern in der Schule zusammenkommen. Klassenscheidungen sind auch in den oberen Regionen vorhanden. Eine solche künstliche Absperrung wollen wir aber nicht befürworten. Soweit die Ernestinenschule in Frage kommt, werden uns die Verhältnisse doch einmal andere Mittel und Wege aufzwingen. Heute sind in der früheren Roquetteschen Schule die Kinder der untersten Klasse der Ernestinenschule und vier Klassen der Mittelschule untergebracht. Die Kinder der einen Schule spielen während der Pausen auf dem Spielplatz getrennt, während die andere Kinderschar in die sogenannte Turnhalle — eine Hausdiele — eingezwängt wird. Dieser unhaltbare Zustand, der der Gesundheit der Kinder nicht dienlich ist, muß aufhören. Die Eltern der in Frage kommenden Kinder müssen sich gegen diese Behandlung wehren. Während ein Teil sich im Freien tummelt, soll sich ein anderer auf der Diele herumdrücken. Ein solcher Mißstand muß beseitigt werden. Einmal müssen wir doch in den sauren Apfel der Erweiterung der Ernestinenschule beißen, ob der heutige Plan ausreichenden Ersatz bietet, ist schwer zu beantworten. Hoffentlich ist auch der frühere Zustand in der Freeseschen Schule beseitigt, in dem Kinder jüdischer Abstammung nicht aufgenommen werden. Ich nehme an, daß mit dieser Ausnahmebestimmung gebrochen wird. Bei der demnächstigen Revision des Schulgesetzes sollte erwogen werden, auf Grund der Erfahrungen in andern Staaten, zum mindesten mit dem Vorschulsystem zu brechen. Das Privatschulsystem bindet uns dann oder die Hände und deshalb ist es für uns ein Hindernis. Es bedeutet im übrigen für uns erhöhte Aufwendungen. Wenn eine genaue Aufstellung nicht erfolgen kann, müssen wir um so vorsichtiger zu Werke gehen. Interessant ist in den Ausführungen der Vorredner, daß sie wirtliche

---

Die Stimme schwieg und die Stille des Todes war wieder in Luft und Wald und in den Herzen der Mädchen — und als es draußen schon längst geschwiegen, getrauten sie sich noch nicht, sich zu regen, als sei die Szene nicht aus und als müsse noch etwas kommen.

Aber sie war aus. Kein Laut, kein Atemzug regte sich in der flimmern funkelnden Mondluft. — Da, nach langem Warten, drückte sich Johanna sanft und langsam rückwärts aus der Umarmung und sah der Schwester in das Angesicht.

Es lag so bleich vor ihren Augen, wie der Mond auf der Fensterscheibe.

Nicht eine Silbe sagten sie beide.

Johanna, wie im Instinkt des Guten und hier Zuständigen wendete ihre Augen wieder ab und barg ihr eigenes Antlitz in das Nachtgewand der Schwester — und so viele, viele Augenblicke lang aneinandergedrückt, wie zwei Tauben hielten sie sich, daß Johanna Clarissas Herz pochen fühlte und diese das Zittern des Armes der andern auf ihrem Nacken empfand. — — Endlich furchtsam leise fragte die Jüngere: „Clarissa, fürchtest du dich?"

„Fürchten?" — sagte diese, indem sie sich sanft aus der Umarmung löste — „fürchten? nein Johanna — das Rätsel ist klar, dessen dunkler Schatten uns dieser Tage ängstete — — ich fürchte nichts mehr."

Und dennoch bebte ihre Stimme, als sie diese Worte sagte, und Johanna konnte selbst bei dem schwachen Mondlicht bemerken, wie allgemach ein feines Rot in die vorher so blassen Wangen flog und darinnen sanft bis zur schönsten Morgenröte anschwoll. Ein ungeheuer Empfinden mußte in ihrere Seele emporwachsen, wechselnd in Wohl und Weh; denn ein fremder Geist lag auf diesen sonst so ruhigen Zügen und goß eine Seele darüber aus, als glühte und wallte sie in Leidenschaft.

„Johanna", sprach sie, „es ist wunderbar, sehr wunderbar. Wer hätte gedacht, daß das, was ich neulich an der Felsenwand zu dir sprach, so nahe sei — mag es sich erfüllen, wie es muß und wird — fürchte dich nicht, liebes Kind. Du kennst das Lied, du ahnst auch, wer es sang — er hat es gut gemeint — er wird mich sehen, ja, aber nicht in unserm heiligen Hause — Gregor und du werdet mich begleiten — sieh mich nicht so erschrocken an — wenn selbst die kleine Kugel von ihm und wie er auch mit diesem Wald zusammenhängt: Geister solcher Art droht uns nicht — — ja, ja, den Sonnenschein hat er wollen auf den Hut stecken und die Abendbrise umarmen — — ja, es ist seine Art so zu erscheinen wie er hier tat, das Lied hat mich herausgefordert — gut, aber jetzt ist es kein Kind mehr, hilflos gegeben in die Allgewalt der eigenen Empfindung: eine Jungfrau, stark und selbstbewußt — sie wird kommen, statt der Lilie das Schwert des Herrn in ihrer Rechten — ja sie wird kommen!!"

(Fortsetzung folgt.)

Direktoren für die Privatschulen vorziehen, während bei der Staatsschule solche nicht fähig sind. Mit dieser total veralteten Ansicht, daß eine Dame nicht fähig sei, eine höhere Schule zu leiten, muß man endlich brechen. Die soziale Erkenntnis muß sich auch hier Bahn brechen. Lehnen Sie die Vorlage ab, verrichten Sie ganze Arbeit, schaffen Sie Staatsschulen und leiten Sie diese durch ihn. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schulmerich spricht für die Minorität der Kommission. Das höhere Schulwesen dränge dahin, in Staatsbetrieb überzugehen, wie es auch der Bericht der Oberschulbehörde zugebe. Heute dürfe kein Beschluß gefaßt werden, der die finanzielle Tragweite ins Ungemessene steigern könnte. Viele Leute ziehen die Privatschule vor. Eine anerkannte Tatsache der Privatschulen sei die besondere Gesellschaft, in denen sich die Kinder befänden und die Auslese der Kinder. Privatschulen dürfe man allerdings nicht ganz ausschalten, so lange sie den staatlichen Anforderungen genügen. Die Leiterin könne sich den einzelnen Kindern mehr widmen als in Staatsschulen. Dieser Vorteil gehe aber verloren, wenn die Anstalt zu einer Doppelschule mit 20 Klassen ausgestaltet werde. Die Eltern schicken ihre Kinder deshalb in die Privatschule, weil sie eine bestimmte Gesellschaft für ihre Kinder haben wollen. Dies könne man keinen Eltern verwehren. Würde vom Staat ein Zuschuß geleistet, dann könne aber eine Zurückweisung ohne Gründe nicht mehr erfolgen. Nachteile der Privatschule seien das höhere Schulgeld und daß Oberlehrer dort nur im Nebenamte tätig seien. Die Stunden könnten so nicht gelegt werden, wie es dem Unterricht dienlich sei, sondern wie die beurlaubten Lehrer abkommen könnten. Auch die Lehrmittel könne man nicht in dem Maße anschaffen, wie bei der Staatsschule. Würde nun ein Staatszuschuß geleistet, dann höre der Privatcharakter auf und eine Staatsschule mit erhöhtem Schulgeld daraus. Es dürften nur 50 Kinder weniger die Schule besuchen, so wäre es ein Ausfall von 9000 Mk. Die Lehrerinnengehälter seien durchaus unzureichend. Es würden 1600—2800 Mk. gezahlt, beim Staat 2900 bis 5000 Mk. Sogar die Volksschule bezahle mehr als hier vorgesehen sei: 1600—3000 Mk. Ein Durchschnitt von 4000 Mk. müsse auch hier angenommen werden, wenn zufriedene Lehrkräfte auf die Dauer gewonnen werden sollen. Daß billigere Lehrkräfte vorderhand vorhanden seien, spräche nicht für die Zukunft. Wir würden mit dieser Schule dieselben Erfahrungen machen wie beim Theater. Man würde dann genau so sagen wie damals: ja, die Leiterin hat sich alle Mühe gegeben, aber die Verhältnisse sind schuld. Kommt die Leiterin nicht zurecht, soll sie sich auf die untere und Mittelstufe beschränken, genau wie ein Kaufmann sich Beschränkungen auferlegen müsse. Die Vorklassen könne man ruhig aufheben, die Mittelschulen leisteten hierin dasselbe, eine Schädigung würde nach keiner Richtung eintreten. Redner geht ausführlich auf die Verteilung der Schülerinnen in den verschiedenen Anstalten ein. Die Gründung einer zweiten höheren Mädchenschule würde dadurch auf Jahre hinausgeschoben. Das Unterrichtsgesetz schreibt vor, daß die Klassen bis zu 40 Schülerinnen besetzt werden dürfen. Die Freesesche Schule sieht für 326 Schülerinnen 13 Klassen vor, also 25 auf eine Klasse, während die Ernestinenschule 30,5 Schülerinnen pro Klasse hat. Billiger kommen wir nicht weg. Lassen wir eventuell diese Privatschule eingehen, vielleicht tun sich andere auf. Eine Abtrennung der Vorklassen wird weitere Abhilfe schaffen.

Buchwald bezweifelt die Ansicht Stellings, daß in den Privatschulen nur Honoratiorenkinder versammelt seien. Man sollte diese Schulen bestehen lassen, damit sie durch die Konkurrenz unter sich belebend wirken. Anders sei es wohl bei Volksschulen, die mögen staatlicherseits verwaltet werden, weil der Staat die Verpflichtung habe, dem Volke ein gewisses Maß Bildung zu geben. Selbst auf die Gefahr hin, daß uns diese Privatschulen mehr kosten wie Staatsschulen, müßten wir die Privatschulen halten, deren Lehrerinnen in mancher Beziehung sich besser ständen als in Staatsschulen. Recht habe Herr Stelling, daß uns Fräulein Freese vor eine vollendete Tatsache gestellt habe, aber dieses einen großen Fehlers wegen dürfte ihr Ansinnen nicht abgelehnt werden. Sollten später die Ausgaben wachsen, so würden wir wenigstens jetzt die Mehrkosten sparen.

Senator Kulenkamp tritt für die Vorlage ein. Die Privatschulen müßten erhalten werden, denn dieser Standpunkt sei in ganz Deutschland maßgebend. Aber nicht dieser Standpunkt habe die Oberschulbehörde bewogen, für die Privatschule einzutreten, sondern lediglich finanzielle Gründe. Der freie Charakter werde durch den Staatszuschuß keineswegs gefährdet. Viele Eltern schicken ihre Kinder in Privatschulen, weil sie mit Sicherheit eine geringere Klassenbesetzung erwarten. Auch das Lehrziel steht nicht hinter der Staatsschule zurück. Jedenfalls können wir hier den Versuch wagen, um so mehr, da wir bei den anderen Privatschulen nicht schlecht gefahren sind. Solange keine staatliche Gehaltssteigerung stattfindet, wird Fräulein Freese mit den festgesetzten Gehältern auskommen. Denn es sprechen hier an der Privatschule für die Lehrer und Lehrerinnen allerlei Umstände mit, die sie eine Stelle annehmen lassen, wenn auch weniger bezahlt wird. Mancher Lehrer wünscht einmal an einer Privatschule zu unterrichten, ein anderer in seiner Vaterstadt usw. Ausgeschlossen ist es ja nicht, daß später einmal höhere Gehälter bezahlt werden müssen, und dann Fräulein Freese mit einem Antrag kommt. Die Vorschulen aufzuheben, geht nicht an, weil das Unterrichtsgesetz für alle höheren Schulen Vorklassen bestimmt. Fräulein Freese ist nicht verpflichtet, die Schule weiterzuführen. Würde sie diese zu Ostern einstellen, wäre ich nicht in der Lage, die 326 Schülerinnen unterzubringen. Alle Mittel- und Realschulen sind überfüllt, weitere Räume nicht zu beschaffen. Der Andrang 1912 war nur durch Auflösung der Petri-Knaben-Schule unterzubringen. Erst in drei Jahren würden die Räume für die Oberklassen der Freeseschen Schule beschafft werden können. Im höheren Schulwesen werden große Anforderungen an die Schüler gestellt, eine Mehrbelastung kann dem Direktor nicht zugemutet werden.

Dr. Gilbert richtet an die Gegner der Vorlage die Frage, ob der Staat billiger wegkomme, wenn er für die 326 Schülerinnen Unterkunft schaffen müsse oder wenn er drei Jahre den geforderten Zuschuß bezahle. Die Schule habe für einwandfreie Erziehung der Mädchen gesorgt. Klagen seien niemals hervorgetreten. Die Freesesche Schule sei ein lebendiger Organismus im lübschen Schulwesen, den man nicht ohne weiteres zerstören dürfe. Die Lehrerinnen seien notorisch zufrieden mit dem gezahlten Gehalt. Eine junge Lehrerin, die in den Beruf einzieht, fasse sich nicht als Beamtin auf, die gleich ein bestimmtes Gehalt beziehen wolle, sondern als ein frei schaffender Mensch, sozusagen als Künstler, der nicht gleich nach dem Höchstgehalt strebe.

Stelling: Herr Dr. Gilbert sieht die Lehrerinnen der Privatschulen als Künstlerinnen an, die nicht nach dem Gehalt fragen und begrüßt das. Ich hätte gewünscht, daß auch unsere staatlichen Lehrer, insbesondere unsere Oberlehrer, sich diese Auffassung zu eigen gemacht hätten, der Staat wäre dabei gut gefahren. (Heiterkeit!) Hier spielt die Frage ob staatlich oder privat die Hauptrolle. Während Herr Senator Kulenkamp erklärt, daß wir alle Ursache hätten, das Privatschulwesen zu halten und zu unterstützen, tut die Oberschulbehörde, daß die ganze Entwicklung im höheren Schulwesen danach strebe, die Privatschulen zu beseitigen. Da ist es doch zweckmäßig, diese Bestrebungen nicht künstlich hintanzuhalten. Dieser Passus der Oberschulbehörde ist von größter Bedeutung. Ich würde mich freuen, wenn die geringe Klassenfrequenz der Privatschulen auch auf die Staatsschulen übertragen würde. Was dem einen recht ist, ist auch dem andern billig. Herr Schulmerich führte als Norm 30, als Höchstsatz 40 Schüler an. Dieser Satz sollte für die Staats- und Privatschulen gelten. Senator Kulenkamp erklärte, daß die Lehrerinnen mit den Gehältern auskommen; also nicht durch die Staatssubvention wird die Schule gehalten, sondern durch billige Lehrkräfte. (Zuruf: Auch bei Reimann!) Da kommt es auch noch anders; der Anfang ist mit der Gewährung der Pensionierung für Herrn Reimann ja schon gemacht worden. Meinen Ausdruck betreffs der Honoratioren will ich dahin erklären, daß ich sage, eine Reihe von Eltern treten für die Privatschule ein, weil sie nicht wollen, daß ihre Kinder mit solchen des Mittelstandes in eine Schule gehen sollen. Der Staat hat für die Bildung aller Kinder, ob sie in der Hütte oder im Palast geboren sind, zu sorgen. Gerade hier ist es notwendig, für das Verschwinden der Klassenunterschiede zu sorgen und dazu dient vor allem die Einheitsschule. Der ideale Gesichtspunkt, der Fähigkeit und nicht des Geldbeutels, muß gelten. Die Klagen auch von Lehrern höherer Lehranstalten beweisen, daß Kinder dort sitzen, die nicht hingehören, weil sie nicht zu folgen imstande sind. Dieser Zustand ist nicht haltbar. Der Senat sagt, bei Aufhebung der Schule könnten die Kinder nicht untergebracht werden. Deshalb gerade muß diese Frage geprüft werden, es muß möglich sein, sie noch zu klären. Wenn es nicht anders geht, müssen wir die paar tausend Mark mehr aufbringen. Sie sind sich doch jetzt schon darüber einig, daß nur jetzt eine kleine Ersparnis eintreten und der Zuschuß größer werden wird. Lassen Sie uns keine Halbheiten machen. Bauen wir eine Schule auf Staatskosten und übernehmen sie, dann haben wir später nicht mehr mit Schwierigkeiten zu rechnen wie es heute der Fall ist. Die sachkundigen Ausführungen Schulmerichs sprechen dafür.

Aug. Pape: Ich bin kein Gegner von Privatschulen, aber wenn solche unterstützt werden sollen, dann doch nur von den Eltern, die ihre Kinder dorthin schicken. Wir unterstützen die Schule staatlicherseits dadurch, daß wir ihr die billigen Oberlehrer überlassen. Diese brauchen nur 22 Stunden zu unterrichten, während die seminaristisch gebildeten 28—30 unterrichten müssen. Hier kann eventuell eine Änderung eintreten. Der finanzielle Punkt ist ein Sprung ins Dunkle. Nachdem wir die Freischulen aufgehoben haben, um eine Vereinfachung der Volksschule zu erstreben, ist vielleicht auch hier eine Verschmelzung der Ernestinenschule mit der Freeseschen am Platze. Wir können unter Umständen auch hier Ersparnisse machen.

G. Reimpell glaubt, daß Fräulein Freese sehr klug gehandelt habe, ihr Haus zu verkaufen, denn dieses Haus sei unter keinen Umständen weiter für höhere Schulzwecke zu gebrauchen. Wären Volksschulkinder darin untergebracht gewesen, hätten sich die Lehrer und die Bürgerschaft längst dagegen gewandt. Das nächste Budget werde den Bürgerschaftsmitgliedern noch mehr Schmerzen bereiten als die verflossenen, da sollte man jede Gelegenheit zum Sparen wahrnehmen. Der Theatervergleich sei gar nicht anzuwenden. Der Theatervergleich sei gar nicht anzuwenden. Lübeck könne sich glücklich schätzen, wenn der Vergleich mit dieser Schule herhalten könnte. Herr Stelling habe den Kastengeist vorgeschützt, aber mehr als zehn Eltern, die ihren Kindern abraten, mit Kindern von Ladenbesitzern zusammenzukommen, seien in Lübeck nicht aufzutreiben. Für eigene Rechnung baue heute kein Privatunternehmer ein Schulhaus. Billiger könne die Privatschule auf alle Fälle auskommen. Man solle auf die harrenden Wünsche der Bürgerschaft Rücksicht nehmen, er erinnere nur an die Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise.

v. Schack: Mit der Bewilligung dieser Vorlage beschließen wir eine zweite höhere staatliche Lehranstalt für Mädchen, denn wenn Frl. Freese nicht auskommt, kündigt sie einfach den Vertrag. Dem Staat kostet eine Schülerin in der Ernestinenschule 70 Mk., in der Privatschule 105 Mk., da müsse doch ein Rechenfehler vorliegen. Das höhere Schulwesen erfordere allein 800 000 Mk., das gesamte Schulwesen 2 Millionen. Auffallend sei, daß nicht weniger als 130 Kindern der Ernestinenschule das Schulgeld erlassen worden sei, während bei den Eltern von 175 Kindern Zwangseinziehung notwendig war. Das dürfe unter keinen Umständen eingreifen, daß der Dünkel so weit gehe, die Kinder höhere Schulen besuchen zu lassen, wenn die Eltern das Schulgeld nicht aufbrächten. Höchstens bei sehr Begabten dürfe man Ausnahmen machen. Finde sich eine Leiterin, die für 10 oder 15 Jahre die Schule übernehme, sei er bereit, sogar 12 000 Mk. Zuschuß zu gewähren. Heute stimme er Herrn Aug. Pape auf Kommissionsberatung zu.

Senator Kulenkamp: Nicht bei Bewilligung der Vorlage, sondern bei Nichtbewilligung sind wir gezwungen, ein zweites höheres Mädchenschulhaus zu bauen. Einen Vertrag auf 10—15 Jahre geht keine Leiterin ein; man kann ja gar nicht voraussehen, wie sich die Verhältnisse in dieser langen Zeit ändern. Billigen Sie heute die Vorlage, können die Pläne sofort ausgearbeitet und das Haus bis 1. Oktober 1913 fertiggestellt werden. Lehnen Sie die Vorlage ab, muß der Senat sofort mit einem Antrag auf Errichtung eines neuen Schulhauses kommen.

Schulmerich geht auf die einzelnen Einwände gegen seine erste Rede ein, glaubt nicht, daß bis Oktober 1913 das neue Schulhaus fertiggestellt werden kann, und bedauert ebenso wie Dr. Gilbert die Zerstörung des lebendigen Organismus. Hervorheben müsse er jedoch, daß in den letzten Jahren im Volksschulwesen mancher Organismus zerstört worden sei, ohne daß man mit der Wimper gezuckt habe. Wenn man doch vorhabe, die Klassen mit 30 statt mit 40 Schülerinnen zu besetzen, würde man töricht handeln, jetzt größere Klassenzimmer zu bauen. Vom Standpunkt des Schulmanns wäre das ja zu begrüßen. Zu bemerken wäre ferner, daß eine Staffelung des Schulgeldes an den höheren Schulen mindestens ebenso angebracht wäre wie bei den Volksschulen.

Senator Kulenkamp: Beim Neubau wird darauf gesehen, daß die Klassen so gebaut werden, um sie mit der gesetzlich vorgesehenen Schülerzahl zu besetzen.

Dr. Ziehl wundert sich, daß eine so gut begründete Senatsvorlage auf solch starken Widerspruch stößt. Die Ermäßigung von Gas und Elektrizität wird gewünscht, wir haben sie nur noch nicht, weil der Senat den finanziellen Ausfall ebenso fürchtet wie denjenigen aus der Gast- und Schankwirtschaftssteuer. Und da wehre man sich mit Händen und Füßen gegen eine Vorlage, die 25 000 Mk. Ersparnis bringe. Der Senat wisse ja gar nicht mehr, was er von der Bürgerschaft halten solle. Man müsse auch vom Staat unabhängige freie Menschen haben, während durch Verstaatlichung wieder viele Beamtenstellen geschaffen würden. Ein Amerikaner habe kürzlich erklärt, man solle junge kräftige Deutsche mit Initiative nach Amerika schicken, aber solche, die nur Beamte sein, oder Alters- und Invalidenrente beziehen wollen, sollten getrost in Deutschland bleiben. Es gebe zwar genügend Leute, die alles mögliche verstaatlichen wollen; wenn diese dagegen stimmen, könne er's begreifen; er gehöre nicht dazu. Frl. Freese seien so viele Vorschläge gemacht worden, wenn jedoch diese Herren an deren Stelle wären, könnten sie auch nicht anders handeln.

Dahms bekennt sich als Gegner der Vorlage. Bisher habe sich die Schule selbst unterhalten. Bei Auflösung der Roquetteschen Schule sei der größere Teil zu Fräulein Freese übergetreten, nur der kleinere in die schönen Räume der Ernestinenschule, also müßten die alten Räume nicht so unbrauchbar gewesen sein. Es scheine im Schulwesen hin und wieder eine Art Mode vorzuherrschen.

G. Reimpell wiederholt seinen Vergleich mit dem Stadttheater, nach dem sich die Bürgerschaft glücklich schätzen würde, wenn sie einen Gegenkontrahenten finden würde, der nicht nur in sachlicher Beziehung, sondern auch in finanzieller die Gewähr bieten würde für die Einhaltung des Vertrages, wie die Gegenkontrahentin bei dieser Vorlage. Im übrigen tritt der Redner den Einwendungen entgegen.

Schulmerich: Ich gehöre nicht zu denen, die alles verstaatlichen wollen. Die Zahl der mehranzustellenden Beamten kann bei Aufhebung der Vorklassen wesentlich beschnitten werden. Vorschriften habe ich Frl. Freese in keinem Falle gemacht.

Dr. E. Meyer ist doch der Ansicht, daß der Vorredner Frl. Freese deutliche Winke gegeben habe. Bedeutende Fragen seien durch Nebensachen in den Hintergrund getreten. Es handle sich darum, daß die Schulkinder in einer Weise in dieser Schule geleitet würden, damit sie vorwärts kommen. Die Anmeldungen bei dieser Schule seien nur zurückgehalten, weil das Schicksal der Schule unbestimmt war; mit dem Tage der Bewilligung würde sich der Zuspruch mehren. Selbst Herr v. Schack gebe das stillschweigende Zugeständnis, daß wir mit der Annahme dieser Vorlage Ersparungen machten. Das Heft werde man doch in Händen behalten. Eine sofortige Staatsschulforderung enthalte keine Logik in sich. Bei Kommissionsberatung könne sich weder der Staat noch Frl. Freese irgendwie einrichten. Die Hauptsache sei, die Schule mit ihren genügenden Lehrzielen zu erhalten.

v. Schack: Ich habe nicht von lumpigen 6000 Mk. gesprochen, die als Finanzobjekt ausschalten, sondern ich wollte nur keine Staatsaktion daraus gemacht haben.

Aug. Pape bedauert wieder das Fehlen der zweiten Lesungen. Solange diese fehlen, müßten eben Kommissionsberatungen stattfinden.

Der zweite Teil der Vorlage, die eben besprochene jährliche Zuwendung, einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt, die Senatsvorlage mit 51 gegen 49 Stimmen angenommen.

Hoff bezweifelt die Abstimmung, die mehrmals vorgenommen werden mußte, bis das Ergebnis sicher festgestellt war.

Wortführer Dr. Görtz bezeichnet das als eine unerhörte Verdächtigung. Er wäge stets gerecht ab.

Prof. Dr. Grube läßt sich über die Platzfrage aus und bittet, diese einer Kommission zu überweisen.

Dr. Eschenburg hält den vorgesehenen Falkenplatz für durchaus geeignet.

Senator Kulenkamp sträubt sich gegen Kommissionsberatung; ein anderer Platz im Staatsbesitz sei nicht gefunden worden, ein solcher im Privatbesitz würde zu teuer.

Buchwald pflichtet dem Vorredner bei. Die Gegend erhalte durch das Schulhaus eine Wertsteigerung. Der Falkenplatz sei nur ein Anhängsel der schönen Anlagen und besitze nicht den Wert, der ihm zugesprochen werde.

Lippert: Der Verein Hüxtertor-Marli wehrt sich nicht, das Schulhaus zu bekommen, im Gegenteil. Nur gegen die Errichtung auf diesem Platze wendet sich die Stimmung. Der Falkenplatz ist ein Spielplatz für die Kinder der ärmeren Bevölkerung, er müsse erhalten bleiben.

Dr. Benda stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Er wird abgelehnt.

Dr. Ziehl wundert sich über den Streit des Platzes. Dieser sei für den Zweck vortrefflich geeignet, von spielenden Kindern könne man dort gar nichts bemerken, nur unsauber, vernachlässigt sehe der Platz aus.

Dr. Eschenburg erkennt den Platz als vorzüglich geeignet an, bittet aber um Kommissionsberatung, damit nicht gesagt werde, man gehe über die Wünsche eines großen Teiles der Bürger hinweg.

Thiele behauptet, daß der Falkenplatz gerade ein passender Spielplatz für Kinder und auch der einzige in jener Gegend sei.

v. Schack empfiehlt den Platz unterhalb der Feuerwehr. An Fassadenkosten würde manches gespart werden. Auch das Siechenhaus bei der Ernestinenschule käme in Betracht. Aula und Turnhalle könnte man da sparen. Redner tritt für Kommissionsberatung ein.

Senator Dr. Fehling: Der Platz hinter der Feuerwache muß der Wehr erhalten bleiben, um das Hauptdepot zu vergrößern.

Aug. Pape: Jetzt muß jeder wissen, über welchen Platz er sich entscheiden will. Nun tut eine Zögerung auch nicht mehr not, nachdem der erste Teil angenommen wurde.

v. Schack sieht statt einer Vergrößerung des Hauptdepots lieber eine solche in den Vororten.

Kommissionsberatung über diesen Punkt wird abgelehnt. Ebenso wird es abgelehnt, die Schule auf dem Falkenplatz zu errichten.

In der Gesamtabstimmung, die auf Antrag von Aug. Pape und 20 Mitgliedern namentlich ist, ergeben sich 50 Stimmen für und 47 Stimmen dagegen.

Die Vorlage ist somit angenommen.

Schluß 11 Uhr 15 Min.

Aus der Partei.

Der außerordentliche internationale Sozialistenkongreß, der ursprünglich Ende Dezember stattfinden sollte, ist nun durch das Internationale Sozialistische Bureau bereits auf den

24., 25. und 26. November

nach der Burghalle in Basel zusammenberufen worden. Der Parteivorstand hat mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbart, daß der Kongreß durch je vierzig Delegierte der Partei und der Gewerkschaften beschickt werden soll. Der Parteivorstand hat die auf die Partei entfallende Delegiertenzahl auf die Agitationsbezirke verteilt. Da die Zeit bis zum Stattfinden des Kongresses sehr knapp ist, soll die Wahl der auf die Bezirke entfallenden Delegierten zum Kongreß ausnahmsweise durch die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen erfolgen.

Außerordentlicher Kongreß der französischen Sozialdemokratie. Im Dezember sollte ein außerordentlicher Kongreß der französischen Sozialdemokratie in der Grenzfestung Belfort stattfinden. In Rücksicht darauf, daß die deutsche Sozialdemokratie beantragt hat, den vom Internationalen Sozialistischen Bureau beschlossenen außerordentlichen internationalen Kongreß schon am 24. November in Basel abzuhalten, wird, wenn der deutsche Vorschlag Annahme findet, der französische Kongreß schon am 21. November in Paris abgehalten.

Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag. Wie alljährlich, so ging auch diesem, Freitag abend in Neuenburg um ½8 Uhr eröffneten Parteitage die Delegiertenversammlung des schweizerischen Grütlivereins voraus, der neben den regulären Jahresgeschäften eine Revision seiner Statuten vornahm und sich daneben hauptsächlich mit den Forderungen einer staatlichen Alters- und Invalidenversicherung und der Einbürgerungsfrage für die in der Schweiz geborenen Ausländer befaßte. Der Jahresbericht zeigt den Grütliverein, diese älteste und stärkste sozialdemokratische Arbeiterorganisation der Schweiz, die zugleich das Hauptkontingent der Landespartei darstellt, in erfreulichem Wachstum begriffen; er musterte Ende 1911 in 320 Sektionen rund 10 700 Mitglieder. Im laufenden Jahre war die Mitgliederzunahme infolge Durchführung der neuen Parteiorganisation noch eine viel stärkere. Es gibt Sektionen, sogar größere in Städten, welche ihre Mitgliederzahl nahezu verdoppelt haben. Die genossenschaftlichen Unternehmungen, namentlich die Buchdruckerei, prosperieren ganz flott, sodaß von ihrer ferneren Entwickelung eine erhebliche finanzielle Kräftigung der parteipolitischen Bewegung zu erwarten steht. Die Statutenrevision bezweckte, die Organisation des schweizerischen Grütlivereins, der sich in mehr denn sechzigjähriger Geschichte vom kleinbürgerlich-demokratischen Arbeiterbildungsverein fortentwickelt hat zu einem straff zentralisierten sozialdemokratischen Landesverbande, in volle Uebereinstimmung mit den neuen Parteistatuten zu bringen. So wurde die Mitgliedschaft in den Grütlivereinen den Frauen und den Ausländern mit gleichen Rechten und Pflichten zugestanden, wie den schweizerischen Genossen, ein Zentralbildungsausschuß geschaffen und dem Gesamtorganismus ein ganzes Netz kantonaler Agitationskommissionen eingegliedert. Diese Statutenrevision wird manche der bisherigen Reibungsflächen des rechten und linken Parteiflügels beseitigen, sodaß ein baldiges Zusammenwachsen aller schweizerischen Parteivereine zu einer völlig einheitlichen schweizerischen Partei unmittelbar bevorsteht.

Der Zentralpräsident, Genosse Pfluger, postulierte hierauf in einem konzisen und packenden Referat eine vom Grütliverein bei der Partei anzuregende Volksbewegung, um auf dem Wege einer Verfassungsinitiative eine staatliche Alters- und Invalidenversicherung, ungefähr nach dem womöglich verbesserten deutschen Muster zu erreichen. Die Mittel könnten aufgebracht werden durch Einführung des eidgenössischen Tabakmonopols. Die Versammlung pflichtete dem Referenten einhellig bei, desgleichen der weiteren Anregung, eine rege Propaganda zu entfalten für die Verstaatlichung sämtlicher Wasserkräfte in der Schweiz. Ein weiteres Postulat bezweckte, von der ungemein schwierigen und komplizierten Einbürgerungsfrage vorläufig abzutrennen die Zwangseinbürgerung aller in der Schweiz geborenen Ausländer. Wenn man bedenkt, daß von der schweizerischen Bevölkerung 15 Prozent Ausländer sind, daß dieser Prozentsatz in Städten und Grenzorten ansteigt auf 30—50 Prozent, dann begreift man, daß das Masseneinbürgerungsproblem in der Schweiz mit ganz anderen Schwierigkeiten zu rechnen hat, als in irgend einem anderen Staate. Weil die Lösung nur gebracht werden kann durch eine Revision der Landesverfassung, welche der obligatorischen Volksabstimmung untersteht, ist es aus taktischen Gründen geboten, die Aktion für die Masseneinbürgerung der Ausländer nicht zu einer ausschließlich sozialdemokratischen Parteisache zu machen. Das Zentralkomitee des Grütlivereins wird deshalb innerhalb der Partei dahin wirken, daß Anschluß gesucht werde an andere Volksteile, welche sich ebenfalls ernstlich mit dem Einbürgerungsproblem beschäftigen. Nur so kann eine von einer breiten, politisch verschieden zusammengesetzten Masse getragene Volksbewegung entstehen, welche Aussicht gewährt, daß die Verfassungsrevision später in der Volksabstimmung auch angenommen werde. Diese Notwendigkeit illustriert eben eine wohl kaum zu beseitigende Eigentümlichkeit des demokratischen Referendumstaates.

Der Parteitag tagte in der Aula der Universität. Parteipräsident Dr. Studer weist im Eröffnungsworte auf den brennenden Balkan und den entschlossenen Willen des internationalen Proletariats hin, einem Uebergreifen dieses Brandes auf die Großstaaten mit allen Mitteln zu wehren. Auch die schweizerische Arbeiterschaft wird ihre Pflicht tun; sie hat demonstriert in Versammlungen, die nach Zehntausenden von Teilnehmern zählten; sie wird trotz des neidischen Gespöttes unserer Gegner diesen Protest hinaustragen in alle Breiten und Tiefen des Volkes und dasselbe aufklären über das kapitalistische Wesen des Kapitalismus. (Starker Beifall.)

Die Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts konstatierte eine Erhöhung des Aktivsaldo um einige Tausend Franken, der herrührt von dem starken Mitgliederzuwachs infolge der neuen Parteiorganisation. Bestand die schweizerische Partei im Jahre 1910 aus 20—22 000 zahlenden Mitgliedern, so ist dieselbe im Jahre 1911 gestiegen auf 27 000, also ein Zuwachs von rund 25 Prozent. Die Geschäftsleitung hielt im Berichtsjahre 25 Sitzungen, der Parteivorstand zwei Sitzungen ab. Die meiste Arbeit galt der Einführung des neuen Parteistatuts, der sich in manchen Kantonen erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellten. Immer noch gibt es große Organisationen, welche sowohl ihren finanziellen Verpflichtungen, als auch der Pflicht periodischer Berichterstattung nicht nachkommen; aber es bessert sich doch immerhin.

Eine Reihe von Anregungen, betreffend Aenderung des Jahrbuches, klarere Rechnungsstellung und Herausgabe der Parteitagsprotokolle gehen an die Geschäftsleitung zu gutscheinendem Vollzug.

Gewerkschaftsbewegung.

An die Gewerkschaftskartelle! In letzter Zeit sind wieder mehrfach Gesuche um Gewährung von Unterstützungen zwecks Aufbringung der Mittel zum Erwerb von Grundstücken, Bau eines Versammlungslokals oder Beschaffung von Hypotheken den Gewerkschaftskartellen zugegangen. Zahlreiche Anfragen und Beschwerden sind infolgedessen an die Generalkommission gelangt. Die von den Gewerkschaftskongressen gebilligte Stellungnahme der Generalkommission zu solchen Sammlungen ist mehrfach im „Correspondenzblatt" dargelegt worden und sollte eigentlich allgemein bekannt sein. Da dies anscheinend leider nicht überall der Fall ist, wollen wir die in dem Bericht an den Dresdener Gewerkschaftskongreß über diese Frage enthaltenen Ausführungen hier wiedergeben: „Die Generalkommission hatte sich mehrfach mit Beschwerden zu beschäftigen, die über das in einzelnen Orten beliebte Verfahren geführt wurden, durch Sammlungen in ganz Deutschland die Mittel zum Bau eines Gewerkschaftshauses oder Versammlungssaales zu beschaffen. Es wurden von den Organisationen einzelner Orte Anteilscheine oder auch Bons zur Abnahme an die Gewerkschaftskartelle verschickt oder es wurde auch direkt um Ueberweisung von Beiträgen gebeten. Die Generalkomission sah sich veranlaßt, in allen Fällen die in Betracht kommenden Organisationen zu ersuchen, die versandten Materialien zurückzuziehen. So sehr erwünscht es ist, in allen größeren Orten ein eigenes Heim für die Arbeiterschaft zu haben, und so dringend notwendig es oft ist, in einem Orte ein Versammlungslokal zu beschaffen, so wenig geeignet ist der erwähnte Weg, diese Wünsche und Bedürfnisse zu befriedigen. Es wird wenig Orte geben, in denen nicht das Bedürfnis nach einem eigenen Heim vorhanden ist. Wenn nun alle diese Orte in erwähnter Weise versuchen wollten, sich die Mittel zum Bau oder Kauf eines eigenen Hauses zu beschaffen, so würden alle Gewerkschaftskartelle genötigt sein, sich nur mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, denn für andere Arbeiten würde kaum Zeit verbleiben. Schon aus diesem Grunde muß mit aller Entschiedenheit davor gewarnt werden, in dieser Weise die Mittel zur Beschaffung eines eigenen Heims zu erhalten. In kürzester Zeit würde, wollte man dieses System zulassen, das Verfahren sich als völlig zwecklos erweisen, nachdem einigen und vielleicht nicht einmal bedürftigsten Orten geholfen wäre. Aber nicht dieser Umstand allein ist es, der Veranlassung gibt, vor einem solchen Verfahren zu warnen. Nach den Erfahrungen, die bisher mit der Errichtung eines eigenen Heims gemacht sind, ergibt sich, daß selbst in Orten mit hochentwickelter Gewerkschaftsbewegung die Gewerkschaftshäuser sich nur schwer zu erhalten vermögen. Es werden deshalb nur in den Orten solche errichtet werden können, in denen die Mittel hierfür vor dem Kauf eines Grundstücks oder dem Beginn des Baues in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sei es, daß die Gewerkschaften selbst oder Privatpersonen die Summen freistellen. Wo dies nicht der Fall ist, sollte man auf ein solches Unternehmen verzichten. Durch Sammlungen oder durch anderweite Inanspruchnahme der Arbeiterschaft, außerhalb des betreffenden Ortes die erforderlichen Mittel zu beschaffen, ist in allen Fällen verfehlt. Auch an die Generalkommission sind in großer Anzahl Anträge auf Gewährung von Darlehen oder Hergabe von Mitteln zum Bau oder Kauf von Gewerkschaftshäusern bezw. Versammlungslokalen gerichtet worden, die abgelehnt werden mußten. Wir können die Gewerkschaftskartelle immer wieder nur dringend davor warnen, solche Sammlungen zu unterstützen. Gesuche um Gewährung von Beihilfen zum Zwecke des Grundstückserwerbs oder der Hypothekenbeschaffung sollen ohne weiteres unberücksichtigt bleiben. Dann wird dem Unfug, der mit solchen Unterstützungsgesuchen getrieben wird, sehr bald ein Ende gemacht werden. Was hier bezüglich der durch Gewerkschaftskartelle bezw. Gewerkschaftszahlstellen veranstalteten Sammlungen gesagt ist, gilt natürlich auch für Sammlungen, die genossenschaftlichen Zwecken dienen sollen. Die Beschaffung von Mitteln zur Gründung von Produktivgenossenschaften gehört nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaftskartelle. Die Gründung von Produktivgenossenschaften soll überhaupt nur unter Beachtung der von dem Dresdner Gewerkschaftskongreß genehmigten, zwischen der G.-K. und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarung über die Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften (Seite 34 des Dresdener Protokolls) erfolgen. Geschieht das, dann ist der Vertrieb von Anteilscheinen nicht erforderlich.

Die Generalkommission.

Lohnbewegung im Zimmergewerbe in Belten (Mark). Der bisher bestehende Vertrag in Belten lief am 1. Oktober d. Js. ab. Die Kündigung und ein neuer Entwurf war schon am 1. Juli den Unternehmern zugestellt worden. Eingeleitete Verhandlungen waren ergebnislos. Bei der einen Firma — drei Firmen kamen in Betracht — bei der die Arbeitsgelegenheit günstig war, wurde am 8. Oktober die Arbeit eingestellt, nachdem ein nochmaliger Versuch, die Differenzen friedlich zu regeln, gescheitert war. Nach vierwöchigem Streik wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach sich der Stundenlohn im ersten Jahr von 60 auf 63 Pfg., im zweiten auf 65 und im dritten auf 67 Pfg. erhöht; gefordert waren 70 Pfg. Die 9½stündige Arbeitszeit sowie alle übrigen Bestimmungen bleiben bestehen. Der neue Vertrag gilt bis zum 31. September 1915.

Kommunales.

Kommunalwahlen. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Lüdenscheid i. W., wo unsere Genossen seit zwei Jahren sämtliche acht Mandate der dritten Abteilung im Besitz haben, konnten, obwohl alle bürgerlichen Parteien gegen uns zusammengingen, unsere Mandate mit großer Mehrheit behauptet werden. In Iserlohn gelang es leider den Bürgerlichen, den einzigen Vertreter der Sozialdemokratie aus dem Stadtparlament zu verdrängen. In Vlotho (Westf.) wurde unser Kandidat mit 197 Stimmen gegen 108 bürgerliche Stimmen gewählt. In Muskau (Schlesien) wurden in der dritten Klasse die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt, trotz der Gegenagitation des Sekretärs des reichstreuen vaterländischen Arbeitervereins. In Westerland auf der Nordseeinsel Sylt wurde der erste Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Noch im letzten Augenblick gelang es den Bürgerlichen durch Schwenken mit dem roten Lappen, ein geschlossenes Eintreten für ihre Kandidaten herbeizuführen, wodurch sie ein Mandat retteten.

Stadtverordnetenwahlsieg. Der erste Tag der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg brachte der Sozialdemokratie einen erfreulichen Erfolg. In den am 1. April 1910 eingemeindeten Vororten Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Lemsdorf, Rothensee, Cracau und Prester, die zu zwei Wahlbezirken zusammengelegt und zum ersten Male an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt waren — bis dahin vertraten auf Grund der Eingemeindungsverträge von den ehemaligen Gemeindevertretungen gewählte Vertreter bürgerlicher Richtung die Vororte im Stadtparlament —, wurden von der dritten Abteilung drei Sozialdemokraten, die Genossen Heuneberg, Gericke und Lentz gewählt und zwar mit großer Majorität.

Aus dem Gerichtssaal.

Bestrafte Nahrungsmittelfälscher. Vor dem Schöffengericht in Sprottau hatte sich eine Butterhändlerin zu verantworten. Die von ihrem Verkaufsstande entnommene Butterprobe wies nur 56,6 % Fettgehalt, dafür aber 38,62 % Wasser auf. Der Fettgehalt der Butter soll jedoch mindestens 80 % betragen. Diese vom Untersuchungsamt als unerhört bezeichnete Butterverschlechterung ahndete das Gericht mit 50 Mk. Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Schreckenstat einer Wahnsinnigen. Die 20jährige Frieda Hofmeister in Berlin die an Verfolgungswahn leidet, aus einer Anstalt aber vor einiger Zeit als geheilt entlassen wurde, hat in einem neuen Anfall von Verfolgungswahn ihre 6jährige Nichte und dann sich selbst mit Lysol vergiftet. Wie konnte man das junge Mädchen aus der Anstalt entlassen, wenn Rückfälle zu befürchten waren. Oder waren sich die Ärzte über den Zustand der Kranken nicht klar.

Ein Agitator wider Willen. In Görlitz starb der erste Staatsanwalt des dortigen Landgerichts, Justizrat Hannemann. Er gehörte zu den Justizbeamten, die die Sozialdemokratie mit einem fanatischen Haß verfolgen. Ganz besonders hatte es dem Herrn unsere Görlitzer Parteipresse angetan. Er hat die Reichsverbandsdamen aufgefordert, die Inserenten der „Görlitzer Volkszeitung" zu boykottieren und unser Görlitzer Parteiblatt kann manchen Prozeß auf sein Konto buchen. In einem Prozeß gegen den Verantwortlichen beantragte er, daß unser Genosse bestraft werde wie ein gewerbsmäßiger Verbrecher. Nun ist er dahin, er, der mit ansehen mußte, wie trotz all seiner Verfolgungen die Sozialdemokratie und ihre Presse in Görlitz immer mehr wuchs, und wie endlich auch das rote Banner über dem Wahlkreis Görlitz-Lauban gehißt wurde.

Mysteriöser Tod eines Ehepaares. In Stralsund wurde ein Ehepaar unter eigenartigen Umständen tot in seiner Wohnung aufgefunden. Der Waisenhausvater Schiel und seine Gattin wurden gestern entkleidet tot in der Badewanne aufgefunden. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt. Aus der Nase des Mannes träufelte Blut. Verletzungen wiesen die beiden Leichen nicht auf.

Ein Unglücksfall und seine Folgen. Als am Sonntag nachmittag der Unteroffizier Doch eines Münchener Infanterieregiments mit einem Militärgewehr Schießübungen machte und dabei auf den neben ihm stehenden Unteroffizier Weiß anlegte, ging plötzlich ein Schuß los, der Weiß am linken Auge schwer verletzte. Als Doch seinen Kameraden bewußtlos zu Boden sinken sah, stürzte er, in der Meinung, Weiß erschossen zu haben, auf sein Zimmer und erschoß sich dort.

Kampf mit Wilderern. In Hochstatt, Oberelsaß, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Jagdhütern Gebrüder Karm und zwei Wilderern, wobei der eine der Wilderer, der Fabrikarbeiter Kuttler, durch einen Schuß in den Unterleib so schwer verletzt wurde, daß er in wenigen Minuten starb. Vor dem Tode gab er den Namen des anderen Wilderers an, der nach wenigen Schüssen geflohen war; es ist der Fabrikarbeiter Neff. Der Jagdhüter Karl Karm wurde durch einen Schrotschuß in die rechte Seite schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Wieder ein Banditenstreich in Paris. Ein in Paris etablierter deutscher Geschäftsmann namens Schwartzlose ist am Sonnabend in seinem Bureau von zwei Banditen überfallen worden. Die Banditen versuchten, ihn zu erdrosseln, raubten ihm seine Brieftasche mit 340 Francs und wollten auch den Geldschrank erbrechen. Dabei wurden sie jedoch gestört und entflohen.

Es ist nichts so fein gesponnen .... In der Gemeinde Botenwald wurden im Jahre 1904 drei Schwestern Krischke ermordet. Damals konnte der Täter nicht ermittelt werden. Jetzt ist es der Polizei gelungen, in den Besitz von Beweisen zu kommen, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß der eigene Bruder die drei Mädchen ermordet hat. Die Verhaftung des Mörders, der in Steiermark lebt, ist angeordnet worden.

Eisenbahnunglück. Auf der Bahn Budapest-Fiume entgleisten in der Nähe der Station Erosi zwei nacheinander folgende Güterzüge. Eine Lokomotive explodierte. Neun Waggons wurden zertrümmert. Ein Bremser ist getötet worden, während mehrere Personen verletzt wurden.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika. Ein entsetzliches Eisenbahnunglück hat sich am Montag in der Nähe der Station Yasow der Mississippitalbahn zugetragen. Dort stieß in voller Fahrt ein Güterzug mit einem mit Ausflüglern dicht besetzten Personenzug zusammen. Gegen dreißig Personen wurden dabei getötet und mehr als fünfzig verletzt. Viele der Getöteten sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden. — Ein zweites schweres Eisenbahnunglück wird aus Südrußland gemeldet. Auf der Südwestbahn entgleiste nahe der Station Livtscheny ein Personenzug. Fünf Wagen wurden dabei zertrümmert und 14 Personen, darunter fünf Zugbeamte, verletzt.

Heiteres.

Appell. „Einjähriger, was sind Sie?" — „Doktor der Medizin, Herr Sergeant." — „Na, die Emser Bakzillen haben Sie doch nicht erfunden!" („Aus „Lustige Blätter".)

Abgeblitzt. Dame: „Was fällt Ihnen ein, mein Herr? Ehemänner sollen wie gute Streichhölzer sein; die entzünden sich nur an der eigenen Schachtel!" (Aus „Simplizissimus".)

Moderner Gauner. Gefängnisinspektor (zum eingesperrten Taschendieb, der einen größeren Betrag an eine Versicherungsgesellschaft schicken will): „Ja, sind Sie so hoch aufs Leben versichert?" — „Das nicht, aber jede meiner Hände hab' ick mit vierzigtausend Mark gegen Unfall versichert!"

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit", Heft 6.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Warum kann Knorr für 10 Pfennige 3 Teller gute Suppe liefern?

Weil in dem großen, zirka 40 Jahre bestehenden Fabrikbetriebe alle Vorteile des Einkaufs, der Herstellungsweise und des Vertriebes sich vereinigen. Jeder, der für 10 Pfennige einen Knorr-Suppenwürfel kauft, zieht aus all diesen Vorteilen Nutzen.

Probieren Sie einen Knorr-Suppenwürfel, er ist besser als andere!

(4892